

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemen 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements - Einladung.

Arbeiter, Parteigenossen!

Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß die Reichstagswahlen dicht vor der Thür stehen. Es sind das die ersten, welche für die Dauer von fünf Jahren vorgenommen werden. Kein einsichtiger Arbeiter wird sich der hohen Wichtigkeit verschließen, welche gerade diesen Wahlen innewohnen.

Wir bitten daher unsere Gekennnten und Freunde, Alles aufzubieten, um das „Berliner Volksblatt“ durch Gewinnung neuer Abonnenten in immer weitere Volkstheile hineinzuführen. Der Wahlkampf wird diesmal ein ganz besonders heftiger werden, alle Parteien werden die größten Anstrengungen machen, ihre Presse zu verbreiten; wir dürfen daher unter keinen Umständen zurückbleiben. Persönliche Empfehlung ist für die Verbreitung einer Zeitung am wirksamsten.

Für den Monat Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

nebst dem wöchentlich erscheinenden

„Sonntagsblatt“.

Der Abonnementspreis beträgt frei ins Haus für das ganze Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Mark 35 Pf., wöchentlich 35 Pf. Bei Selbstabholung aus der Expedition, Zimmerstraße 44,

1 Mark pro Monat.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44, entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen für das Vierteljahr gegen Zahlung von 4 Mark an.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Ausgestopfte Arbeiter.

Das Eine muß man den Nationalliberalen lassen, daß sie manchmal einen gewissen Galgenhumor haben, wenn er auch nicht ganz freiwillig ist. Dahin gehört der neueste Akt, die Erfindung der „national-liberalen Arbeiterkandidaturen“. Mit dieser sinnreichen Einrichtung hofft man dem Kartell einige gefährdete Wahlkreise, namentlich in den Industriezentren von Rheinland und Westfalen, zu retten.

„Wär' die Idee nicht so verdammt geschickt, man wär' versucht, sie herzlich dumm zu nennen!“ Aber sie kommt auch nicht von ungefähr. Die National-liberalen haben schon lange über dem herrlichen Projekt ge-

brütet, eine besondere nationalliberale „Arbeiterbewegung“ zu schaffen. Sie haben sich das klägliche Fiasko der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine nicht zum warnenden Exempel dienen lassen; vielleicht auch sind sie durch die großen Arbeiterorganisationen, die unter christlich-sozialem Banner dem Centrum folgen, zu ihrem utopischen Versuch angespornt worden, vielleicht auch durch die Versuche der Junker, konservative Arbeitervereine zu gründen. Der vielumworbene arme Mann läßt sich in diesen zu solchen Experimenten nicht gerne gebrauchen, und sogar die ziemlich festgefühten Arbeiterorganisationen im Gefolge des Centrum leisten nur noch ungerne den Befehlen der Führer dieser Partei Gehorsam.

Die von den Nationalliberalen gegründete famose „Arbeiterzeitung“ deutete schon an, daß man neue sozialpolitische Bahnen einschlagen wolle. Diese Zeitung bewies gleich, wie wenig Geschick die Nationalliberalen für solche Dinge besitzen. Sie konnte sehr wohl als ein Frühstücksblatt für national-liberale Rentiers dienen, die sich zur Beruhigung ihres Gewissens, namentlich wenn sie ihr Vermögen durch Gründungen und Spekulationen erworben haben, gerne von ihren Lohnschreibern sagen lassen, daß der Sozialismus in jeglicher Form ein Unsinn sei. Die Arbeiter selbst mögen ein solches Blatt einmal lesen, wenn sie es gratis bekommen.

Der Mißerfolg dieses Blattes, das dem allgemeinen Gespött schon nach seinen ersten Nummern verfiel, konnte die nationalliberalen Sozialpolitiker in ihrem unverwundlichen Optimismus nicht stören. Man sah verschiedene Versuche, die Arbeiter in das nationalliberale Fahrwasser zu bringen. In Mannheim versuchte man es mit einem nationalliberalen Arbeiterverein; in Stuttgart nehmen die Nationalliberalen bei den Kommunalwahlen einen ausgestopften Arbeiter auf den Wahlzettel, in der edlen, aber vergeblichen Absicht, dadurch die Stimmen der Arbeiter für sich zu ergattern, und nun schlägt sogar die „Kölnische Zeitung“ eine Arbeiter-Reform-Partei vor, die im Gefolge des Kartells marschieren soll. Die famosen nationalliberalen Arbeiterkandidaten sollen die Krönung des Gebäudes sein.

Was die Aufgabe solcher ausgestopften Arbeiter sein würde, liegt sehr klar vor Augen.

Sie hätten sich als „Arbeiterkandidaten“ aufzuspielen und wenn sie gewählt würden, so hätten sie genau dasselbe zu thun, was die Herren Kartellbrüder selbst machen.

Bei dieser ganzen Geschichte ist nur Eines erstaunlich, nämlich die ungeheure Naivität — um kein anderes Wort zu gebrauchen — mit welcher die Kartellbrüder diesen neuesten Akt inszenieren und mit welcher sie den eigentlichen Zweck dieser ganzen Sache ausplaudern. Um ein paar Wahlkreise dem Kartell zu erhalten, soll die neue „Reform-Partei“ gebildet werden. Ein Zweck, fürwahr des Schweiges der Eulen werth! Die Herren mögen nur kommen und ihre ausgestopften Arbeiter präsentieren. Ein ungeheures Hohnscheltwort wird sich auf der ganzen Linie der Arbeiterbewegung erheben. Die Herren werden dann endlich einmal einsehen lernen, daß die Arbeiter etwas ganz

Anderes sind, als was sie sich unter denselben vorgestellt haben.

Die Natur der modernen Arbeiterbewegung zeigt sich gerade in dem einmüthigen Bestreben aller vorgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse, die Vormundschaft der alten und abgelebten Parteien von sich abzuschütteln. Die Arbeiter wollen nicht mehr das stumme und unterthänige Gefolge irgend einer Partei bilden, bei der man sie im allerbesten Fall als Parteigenossen zweiten Ranges ansieht und wo sich die Arbeiter schon glücklich schätzen sollen, wenn irgend eine abgestandene politische „Größe“ ihnen einmal herablassend die Hand drückt, oder gar ihnen die Ehre erweist, sich zu ihnen an den Bierisch zu setzen. Für solche Gnadenbezeugungen sind die Arbeiter sehr schwer zugänglich geworden, seitdem sie die sozialökonomische Stellung und Bedeutung ihrer Klasse so völlig begriffen haben, daß sie wissen, wie wichtig ihre Rolle in der Gesellschaft ist.

Wir sehen in diesen krampfhaften und lächerlichen Versuchen der Kartellbrüder, das 1887 errungene Gebiet zu behaupten, die Gewißheit, daß sie selbst fühlen, wie wenig das Kartell auf eine Zukunft rechnen kann.

Die Arbeiter kennen die Sünden des Kartells sehr genau und werden sich nicht den Bären aufbinden lassen, die öffentlichen Lasten seien weniger hoch und die Lebensmittel weniger theuer geworden, wenn die „Kölnische Zitg.“ sich herbeiläßt, eine Arbeiter-Reformpartei zu befürworten.

Man möge die nationalliberalen Arbeiterkandidaten nur bringen; wir wollen sie dann unter die Lupe nehmen und zeigen, daß sie ausgestopft sind.

Im Uebrigen ist es ganz interessant, wenn der Wahlkampf eine gewisse Abwechslung erhält dadurch, daß die Wahlerfänger wieder in einer neuen Maske aufzutreten.

Ob die Kartellbrüder selbst an einen Erfolg der ganzen Komödie glauben?

Wir glauben an einen solchen. Die Massen der Arbeiter werden sich mit Widerwillen von solchen Wandern abwenden und werden einen gewissen Stolz dabein setzen, durch ihre Abstimmung zu beweisen, daß sie mit den Ausgestopften absolut nichts zu schaffen haben.

Politische Ueberblick.

Mannesseelen. Der sozialdemokratische Theil des „Leipziger Tageblattes“, welcher den Reichsfeinden schon so viel Spaß und den Reichsfreunden so viel Verdruß bereitet hat, ist seit einiger Zeit spurlos verschwunden. Und zwar hat man ausgerechnet, daß dieses Phänomen genau von dem Augenblicke datirt, wo das sächsische „Vaterland“, das Organ der konservativen Kartellbrüder, dem „Tageblatt“ ein kräftiges „quo ego!“ zugerufen wegen der rollenwidrigen Seitensprünge in Sachen der Getreidesälle.

Daß das „Leipziger Tageblatt“ nicht so tapfer war, einem Angriffe aus konservativen, das heißt

haben! Und wild zerbrach sie die Steine und schleuderte sie blind von sich, ohne zu sehen wohin, nur von dem einen Gedanken befeelt, alles zu vernichten.

Stephan, der neben den Soldaten stand, war von einem Stein am Kopfe getroffen worden; sein Ohr schwoh schmerzhaft an; er wandte sich um und erkannte, daß Katharina's fiebernde Hand den Wurf gethan. Doch auf die Gefahr, getödtet zu werden, blieb er an seinem Platze und blickte auf das Mädchen. Auch andere Mädchen neben ihm schauten dem Kampfe zu, und weiter entfernt stand Rouquet und gab sein Urtheil über die Würfe ab, als wenn es sich um eine Partie Kugelwerfen gehandelt habe; „Der s'ht! Befehlt! Bravo!“ Dabei lachte er und stieß Zacharias freundschaftlich in die Seite. Doch dieser stritt sich mit seiner Frau. Die Kinder hatten verlangt, er solle sie auf den Arm nehmen, damit sie zusehen könnten, er wollte nicht; sie weinten, und als er sie schließlich gezwungen, war Philomene auf ihn böse geworden. Hinter ihnen drängten sich andere Zuschauer bis auf die Straße, und ganz drüben auf einem Hügel überblickte der alte Bonnemort, der sich mit einem Krutstock hierhergeschleppt, unbeweglich von seinem erhöhten Platze den Kampf.

Sobald die ersten Seine geflogen, hatte sich der alte Nichomme von Neuem zwischen die Soldaten und die Arbeiter gestellt, unbekümmert um die Gefahr und so verzweifelt, daß große Thränen aus seinen Augen rollten. Niemand verstand seine Worte in dem Tumult, man sah nur, wie sein großer weißer Schnurrbart sich zitternd bewegte.

Doch der Steinregen wurde dichter. Jetzt begannen auch die Männer sich an dem Kampfe zu beteiligen.

Die Naheude bemerkte, daß ihr Mann im Hintergrunde blieb und mit leeren Händen zuschaute.

„Was?“ fragte sie, „bist Du feig? Willst Du zugeben,

daß man die Kameraden ins Gefängniß bringt? . . . Ah, wenn ich nicht das Kind auf den Armen hätte, bei Gott, Du solltest mich sehen!“

Estelle hatte sich heulend an ihren Hals gehängt, sie mußte sie mit beiden Händen halten; aber mit den Füßen stieß sie Steine bis zu ihrem Manne hin und rief:

„Wirst Du nehmen! Soll ich Dir vor aller Welt in's Gesicht speien, damit Du Muth bekommst?“

Er war roth geworden, ergriff einen Ziegel, zerbrach ihn auf seinem rechten Knie und that wie die Andern. Seine Frau hinter ihm feuerte ihn an, schrie ihm blutdürstige Worte ins Ohr, ihr Kind unbewußt drückend, daß ihm der Athem ausging. So trieb sie ihn weiter und weiter vor, bis er sich dicht vor den Gewehren befand.

Die kleine Truppe verschwand unter dem Hagel der Steine. Glücklicherweise flogen die meisten zu hoch und prallten an die Mauer. Der Gedanke ins Haus zu flüchten, übergoß einen Augenblick das bleiche Gesicht des Hauptmanns mit Purpurrothe; aber dies war nicht einmal mehr möglich, denn bei der geringsten Schwenkung hätte man sie von hinten massacrirt. Ein Stein brach den Schirm seines Kapes, Blut träufelte ihm von der Stirn. Auch mehrere von seinen Leuten waren verwundet; er fühlte, sie waren außer sich; der Instinkt der Selbstverteidigung drohte dem Chef den Gehorsam zu versagen. Dem Sergeanten einschläpfte ein lauter Fluch, als ein ganzer Ziegel seine linke Schulter so heftig traf, daß es klatschte, wie wenn die Weiber nasse Wäsche klopfen. Den Rekruten hatten schon drei Würfe gestreift, seine rechte Hand blutete, sein Knie brannte schmerzhaft. Ein von der Wand zurückprallender Stein traf den alten Soldaten; seine Wangen wurden grün vor Zorn; ein Gewehr zitterte und schob sich langsam in seinem magern Arme vor.

Feuilleton.

765

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Die Bruls gab das Signal. Auf ihren sehnigen Knien zerbrach sie einen Ziegel; dann schnellte sie mit beiden Händen die zwei Häkchen auf das Militär. Die Levaque verrenkte sich fast die Schultern; ihre schwammigen, kraftlosen Muskeln vermochte die Steine nicht zu werfen, sie mußte dicht an die Soldaten heranreten. Die Rouquette aber, deren fleischiges Knie von dem Brechen der Steine zu bluten begann, schleuderte mit wilder Kraft die Steine, wie sie sie fand. Selbst die Kinder blieben nicht müßig und lernten von Bebert, wie man werfen müsse.

Es hagelte polternd an das Haus. Und plötzlich stand mitten unter den Andern auch Katharina, beide Arme erhoben, in jeder Hand einen halben Backstein schwenkend, dem sie mit aller Kraft ihrer mageren Arme in die Luft warf. Sie wußte nicht, warum sie dies that; sie hatte gemeint, ersäuen zu müssen, und jählings war die Luft, alles zu massacriren, über sie gekommen. Wird diese verfluchte Existenz nicht bald aufhören? Sie hatte es satt, gemüthlich, geschlagen, von ihrem Mann auf die Straße geworfen zu werden, wie ein verlorener Hund durch die Pfäfen zu waten und nicht einmal ihren Vater um eine Suppe andetteln zu können, weil er selbst nichts zu essen hatte. Seit sie lebt, seit sie denken kann, geht's immer schlechter, immer bergab. Genug! Das soll ein Ende

aus Regierungskreisen, die Stirn zu bieten, das kann uns freilich weder wundern noch interessieren — wer hätte sich gewundert, wenn Freund Lampe vor den Jagdhunden ausreißt, oder wer — mit Ausnahme eines Sonntagjägers — hätte sich je für die Geschwindigkeit interessiert, mit welcher Freund Lampe seinen Drängern zu entfliehen sucht?

Die Sache hat hier aber einen ernsthaften Hintergrund. Wie der Verfassungsdirektor die Richtung des Bundes anzeigt, so verkündigt diese Hasenföhlei der sächsischen „Mannesherren“, deren vornehmstes Organ das „Leipziger Tageblatt“ ist, daß sie ihre vollkündige Ohnmacht begriffen haben, und den konservativen Kartellbrüdern, von deren Gnaden sie existieren, nicht bloß das Opfer des Intellekts, sondern auch das Opfer der Interessen zu bringen sich resigniert haben.

Und wie in Sachsen, so sind die „Mannesherren“ auch in dem übrigen Deutschland. Und wird der Stod des Ausweisungsparagraphen vorgehalten, so springen sie ebenso gelehrt darüber, wie die Bubel des „Leipziger Tageblatts“ soeben über die Kornzölle gesprungen sind.

Die Begnadigung des Dr. Bachler von der „Staatsbürger-Bez.“ wird in der „Volks-Bez.“ irrigerweise als eine nachträgliche Wirkung des Amnestieerlasses des Kaisers Friedrich vom 1. April 1888 für die vor Erlaß desselben begangenen Vergehen zu erklären gesucht. Diese Auslegung trifft nicht zu, weil Dr. Bachler nicht aus einem derjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs verurtheilt ist, hinsichtlich deren der Amnestieerlaß eine solche nachträgliche Wirkung mit sich bringt.

Die Eigenschaft als Antisemit ist in der Verhandlung gegen den Fabrikbesitzer Heinrich Kugler aus Hohenleuben wegen Belästigung der jüdischen Konfession angehörenden Rechtsanwälte von dem Gerichtshof als ein besonderer Strafmitbestandgrund erachtet worden. Diese Anschauung ist insofern besonders bemerkenswert, als in den zahlreichen Sozialistenprozessen die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, namentlich aber die Eigenschaft eines Angeklagten als eines hervorragenden Mitgliedes dieser Partei stets straffschärfend ins Gewicht fällt. — Aus der qu. Verhandlung ist auch noch die Angabe des Angeklagten bei seiner verantwortlichen Vernehmung nachzutragen, wie er dazu gekommen ist, den Rechtsanwalt Dr. Sello für einen Juden zu halten. Er sagt, er wäre vor einigen Jahren als Geschworener nach Gera einberufen gewesen. An einem der Sitzungstage habe Rechtsanwalt Dr. Sello aus Berlin als Verteidiger eines jüdischen Angeklagten fungirt. Auf diese Verhandlung hatte der Schwurgerichts-Präsident die Geschworenen mit dem Bemerkenswerthen hingewiesen, daß der jüdische Angeklagte es für sicherer gehalten, zu seinem Verteidiger nicht einen Anwalt aus dem Orte, sondern einen berühmten jüdischen Rechtsanwalt aus Berlin zu erwählen, der sich in dem Neustettiner Synagogenbrandprozeß als Verteidiger seiner Glaubensgenossen so bedeutend hervorgethan hätte. Dies sei der Grund für die infirmirte Vernehmung gewesen; denn bei seinen Anschauungen habe er sich doch mit einem solchen Manne nicht in Verhandlungen einlassen können.

Die Verhaftung des früheren Landesdirektors von Westpreußen Dr. Wehr hat ein so bedeutendes Aufsehen erregt, daß es sich wohl lohnt, auf die Gründe, welche dieselbe veranlaßt haben, näher einzugehen. Aus Danzig schreibt man der „Tgl. Rundsch.“ darüber:

Dr. Wehr wurde im Jahre 1878 mit geringer Mehrheit zum Landesdirektor der Provinz Westpreußen auf 6 Jahre gewählt, nachdem der bisherige Landesdirektor Nikert erklärt hatte, eine Wiederwahl nicht annehmen zu wollen. Nach Ablauf seiner Wahlperiode wurde er 1884 nicht allein einstimmig wieder gewählt, sondern auch sein Gehalt wurde um 3000 M. erhöht. Diese Wiederwahl erregte allgemeines Befremden, denn es war bekannt, daß Dr. Wehr in einer Weise verschuldet war, die sich mit der Stellung des höchsten Beamten der Selbstverwaltung der Provinz nicht vereinbaren ließ. Dr. Wehr sorgte nicht allein überall Kellern an, blieb Gepächträgern und Dienstleuten ihre Gebühren schuldig, sondern hatte es auch dahin gebracht, daß kein Koch in Danzig sich bereit finden wollte, die von der Provinz zu gebenden Gastmähler zu besorgen. Dazu kam, daß seine Geschäfte und namentlich Rassenführung zu sehr begründeten Aussetzungen Anlaß bot. So wurde zum Beispiel bei einer Revision der Landesbaukasse ein Fehlbetrag von mehreren tausend Mark, man spricht von 15 000 M., vorgefunden, welche von dem Landesdirektor gegen hinterlegte Quittungen aus der Kasse entnommen worden waren. Zwar wurde das fehlende Baargeld in kurzer Zeit herbeigeschafft und eine Aenderung der Geschäftsführung vorgenommen, welche dem Herrn Dr. Wehr derartige Handlungen für die Zukunft unmöglich machen sollte, doch hatte dieses weiter keinen Erfolg, als daß Dr. Wehr nunmehr andere Wege einschlug, um die Provinz zu schädigen. Am 18. Februar 1886 richtete der Rittergutsbesitzer Holz-Blumensfelde eine Eingabe an die Hilfsstellenkommission, in welcher derselbe unter Beifügung eines Planes der Melioration des Krangensfeldes und der Herstellung von Reservoirien sowie eines Statutes der zu diesem Zwecke gebildeten Genossenschaft um ein Darlehen von 104 000 M. bat.

Zweimal schon wollte der Offizier Feuerkommandiren. Ein Angstgefühl benahm ihm den Athem. Er kämpfte ein paar Sekunden lang einen furchtbaren Kampf zwischen Pflicht, Soldatenehre, Menschenwürde; die Steine flogen dicht. Er öffnete den Mund. — Da gingen die Schüsse von selber los, erst drei, dann fünf, dann knatterte eine Salve, wie Pelotonfeuer; endlich ganz zuletzt knallte noch ein einzelner Schuß in das Grabeschweigen.

Die Menge blieb verblüfft mit offenem Munde, als könne sie immer noch nicht glauben, daß doch geschossen worden. Dann erhoben sich entsetzliche Schreie, und während der Trompeter das Einstellen des Feuers blies, stürzte Alles in wilder Flucht durch den Schmutz des Hofes hinaus.

Die ersten Schüsse hatten Übert und Lybia hingestreckt; dem Mädchen durchbohrte eine Kugel die Stirn und sie stürzte sofort tot zu Boden; den Knaben traf das Blei in die Brust, er fiel quer über sie. Jeanlin kam in diesem Augenblick schlaftrunkenen Auges von Réquillart und sah die Beiden den Geist aufgeben.

Die fünf anderen Schüsse tödteten die Bruls und den Vater Richomme. Den Alten traf die Kugel in den Rücken; während er seine Kameraden beschwor, das Werfen zu lassen; er war auf die Knie gestürzt, glitt auf die Seite und lag rückwärts am Boden, die Augen noch voll der Thränen, die ihm das wahnsinnige Treiben seiner einstigen Kameraden erpreßte. Die Bruls empfing das tödtliche Blei in die Kehle; sie war in ihrer ganzen Länge krachend auf die Erde gefallen, wie ein Bündel trockenen Reisigs, fluchte noch einmal mit blutgurgelnder Stimme und verschied.

Aber mörderisch hatte die Salve gewüthet. Die hundert Schritte entfernten Zuschauer selbst wurden getroffen; Mouquet bekam eine Kugel gerade in den Mund, er stürzte zu den Füßen Zacharias, beide Kinder mit seinem Blut bespritzend. Zwei Schüsse trafen die Rouquette in den Leib. Sie hatte gesehen, wie die Soldaten plötzlich die Gewehre an die Schultern legten, war mit instinktiver Gutherzigkeit vor Zacharias gesprungen, rief ihr zu, sich zu retten; dann stürzte sie rücklings zusammen. Stephan eilte herbei, richtete sie auf. Aber sie bedeutete, daß sie verloren sei, warf einen

Der Antrag wurde genehmigt und der Landesdirektor Dr. Wehr beauftragt, den Fortgang der Arbeiten speziell zu beaufsichtigen. Trotzdem nun Holz beantragt hatte, ihm im Jahre 1886 nur 75 000 M. und den Rest von 29 000 M. erst im nächsten Jahre zu zahlen, trotzdem mehrere Gutachten der Baubeamten der Provinz feststellten, daß verhältnismäßig geringe Summen zur Entwässerung verwendet worden seien, beillte sich Dr. Wehr mit der Anweisung der Gelder so, daß bereits im Oktober 1886 das ganze Darlehn von 104 000 M. ausgezahlt worden war. Ein Protest des Kreisaußschusses zu Berent gegen weitere Zahlungen an Holz blieb, da die Gelder bereits vorausgab waren, erfolglos. In diesem Protest wurde behauptet, daß Holz erst 24 000 M. vorchriftsmäßig verwendet hätte. Diese beinahe ungläubliche Handlungsweise des Landesdirektors fand ihre Erklärung durch die Aussage des Holz, daß er genöthigt gewesen sei, an Dr. Wehr von dem Darlehn der Provinz 82 400 M. auf werthlose Wechsel zu geben. Im Jahre 1888 kam Blumensfelde, das Gut des Genossenschaftsvorstehers Holz, zur Substantion, und die Forderungen der Provinz fielen vollständig aus. Am 16. Juni 1888 wurde schließlich festgestellt, daß der 160 Hektar große Krangensfeld wieder vollständig mit Wasser gefüllt und von Kulturversuchen nichts mehr zu sehen sei. Diese skandalösen Vorgänge bewogen endlich den Landesdirektor Dr. Wehr dazu, sein Amt niederzulegen. Es kennzeichnet den Mann, daß er noch den Muth hatte, Monate lang in der preussischen Volksvertretung zu sitzen und kurz vor der Katastrophe von der Tribüne des Parlaments herab vor dem Lande eine feierliche Erklärung abzugeben, daß er „nicht sein Amt und überhaupt Nichts niedergelegt habe.“ Und als nun schließlich im Provinziallandtage seine unfauberen Handlungen öffentlich entbült worden waren, legte er auch dann noch sein Abgeordnetenmandat nicht nieder, sondern bezog seine Diäten bis zum Schluß des Landtages. Ob und inwiefern diese Vorgänge zur Erhebung einer Anklage gegen Dr. Wehr und zu seiner Verhaftung Veranlassung gegeben haben, ist zur Zeit allerdings noch nicht bekannt.

In Föllen und Verbrauchssteuern, sowie anderen Einnahmen im Deutschen Reich sind für die Zeit vom 1. April 1889 bis zum Schluß des Monats November einschließend der kreditirten Beträge und abzüglich der Ausführungsergänzungen zur Anweisung gelangt: Zölle 246 636 239 M. (+ 46 658 403), Tabaksteuer 6 257 465 M. (+ 513 235), Judermaterialsteuer 18816 160 Mark (+ 47 903 543), Verbrauchsabgabe von Zucker 30 881 917 Mark (+ 23 243 028), Salzsteuer 26 901 532 M. (— 369 970), Maßbottich- und Branntweinmaterialsteuer 4 298 133 M. (+ 2 043 585), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuckersalze auf denselben 76 627 885 M. (+ 7 079 411), Brauksteuer 16 841 195 M. (+ 1 256 267), Uebergangsabgabe von Bier 2 051 805 M. (+ 253 545); Summe 391 180 011 M. (+ 129 341 047). — Spielartenstempel 791 677 M. (+ 34 532), Wechselstempelsteuer 4 940 589 M. (+ 386 750), Stempelsteuer für a) Weispapiere 6 956 553 M. (+ 2 337 624), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgefächte 9 527 653 M. (+ 1 506 939), c) Loose zu Privatlotterien 393 233 M. (+ 51 810), Staatslotterien 4 383 747 M. (+ 281 481), Post- und Telegraphenverwaltung 139 455 934 M. (+ 9 635 597), Reichs-Eisenbahnverwaltung 35 921 000 M. (+ 1 851 100).

Die zur Reichskasse gelangte Einnahme abzüglich der Ausführungsergänzungen und Verwaltungsstellen betragen für denselben Zeitraum Zölle 217 398 238 M. (+ 48 965 325), Tabaksteuer 7 638 986 M. (— 601 732), Judermaterialsteuer 10 848 586 M. (— 3 840 151), Verbrauchsabgabe an Zucker 28 352 424 M. (+ 28 562 849), Salzsteuer 24 558 133 M. (— 62 315), Maßbottich- und Branntweinmaterialsteuer 11 018 147 M. (— 140 062), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuckersalze auf denselben 60 829 355 M. (+ 16 917 311), Brauksteuer und Uebergangsabgabe an Bier 16 063 502 M. (+ 1 906 849), Summe 376 707 371 M. (+ 91 708 074). — Spielartenstempel 728 558 M. (+ 33 653).

In Sachsen hat nunmehr ein Gericht erster Instanz entschieden, daß die Aufforderung zum Boykott als grober Unfug zu bestrafen ist. Von der Dresdener Amtshauptmannschaft sind kürzlich zwei Arbeiter, der Glasmacher Baumgarten und der Schlosser Schlenker wegen Verletzung eines Flugblattes, durch welches der Boykott über einen Gasthof in dem benachbarten Gotta erklärt worden sollte, mit je 15 M. Geldstrafe belegt worden, indem die genannte Polizeibehörde in der Verbreitung des Flugblattes einen groben Unfug erblickte. Die seitens der Bestraften beim Schöffengericht eingelegte Berufung hat, wie uns aus Dresden geschrieben wird, keinen Erfolg gehabt. Das Schöffengericht war im Gegenheil der Ansicht, daß die von der Amtshauptmannschaft ausgeworfene Geldstrafe eine zu geringe sei, weshalb nunmehr über jeden der beiden Arbeiter eine Haftstrafe in Höhe von 10 Tagen verhängt wurde. Öffentlich wird die Sache durch alle Instanzen verfolgt, damit eine endgiltige Entscheidung über diese Frage herbeigeführt wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Dezember. Die im vorigen Jahre gewählte Kommission für die Arbeiterversicherungs-Gesetzentwürfe wird bald ihre Arbeiten zum Abschluß bringen. Bisher hat die

freundlichen lächelnden Blick auf Stephan und Käthen, als freue sie sich, Beide bei einander zu sehen, jetzt wo sie selbst von dannen ging; ein kramphastiges Schluchzen durchfuhr ihren Körper; sie war tot.

Alles schien vorüber; ein paar Kugeln waren bis an die Häuser des Dorfes geflogen. — Da ging der letzte einzelne Schuß los.

Nahen, mitten in's Herz getroffen, drehte sich um sich selbst und fiel mit dem Gesicht voran in einen Tümpel, der schwarz war vom Staub der Kohle.

Wie blödsinnig sah es die Naheube:

„De, Alter, sieh' auf, es ist nichts, sag'?“

„Sie kniete nieder, schob das Kind unter den Arm, und drehte ihren Mann, um ihm in's Gesicht zu schauen.“

„Sprich doch, wo ihu's Dir weh'?“

Sein Auge blickte leer, seinen Mund füllte blutiger Schaum. Sie verstand, er war tot. Sie blieb auf den Knien in dem schwarzen Wasser neben ihm sitzen, ihr Kind, gleich einem Paket unterm Arm, und starrte wie eine Narrin auf die Leiche.

Die Grube war frei.

Mit nervöser Hand hatte der Hauptmann sein zertrümmertes Käppi abgenommen und wieder aufgesetzt, stumpf und bleich nach dieser Katastrophe, welche für immer seine Soldatenehre besetzte. Seine Leute luden von Neuem ihre Waffe. Am Fenster erschienen die erschrockenen Gesichter von Negrel und Dansaert; hinter ihnen stand Souvarine. Eine tiefe Falte schnitt durch seine Stirn, als wenn sein heimlicher Plan sich in einem drohenden Stempel ausdrücken wollte.

Drüben auf der Anhöhe verweilte noch der alte Bonnemort, eine Hand auf seinen Stod gelehnt, mit der anderen die Augen schirmend, blickte er auf das Unglück der Seinen.

Die Verwundeten schrien; die Todten in ihren gebrochenen Stellungen wurden steif und kalt, besudelt von dem aufgethauten Schmutz des Hofes, hier und da in die tintigen Schlammfüßen gebettet, die schwarz unter den Resten des schmelzenden Schnees hervorquollen. Und zwischen den

Kommission den Gesetzentwurf, betreffend die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle während der Arbeit, und den Gesetzentwurf, betreffend die Altersversicherung der Arbeiter, der Regierung überliefert. Ueber die letzterwähnte Vorlage lautet das Urtheil wenig günstig. Es wird allgemein für notwendig erachtet, daß der Altersversicherung die Krankenversicherung voranzugehen müsse. Zur Durchführung der Arbeitergesetze soll der Betrag der neu eingeführten Schulpföle dienen, es wird indeß noch lange dauern, ehe die erwähnten Gesetze in Kraft treten werden. — In einer der letzten Sitzungen des Folketings hat der Abgeordnete Thorup wieder seinen Vorschlag zur Anlage eines Kanals zwischen der Rorbye und dem Kattegat eingebracht. Dieser Antrag zur Anlage eines Kanals, welcher dem deutschen Nordostkanal Konkurrenz machen soll, wurde schon in der vorigen Session eingebracht, und es wurde ein Staatszuschuß von 10 Millionen Kronen verlangt. Die Regierung verweigert sich damals gegenüber der Vorlage ablehnen und sie wollte eine Konzession nicht geben. Jetzt wird statt des Zuschusses eine Staatsgarantie für 36 Millionen für eine bestimmte Reihe von Jahren verlangt, die Regierung beurtheilt jedoch auch diesen Vorschlag ungunstig. Die Vorlage ist einem Ausschusse überwiesen worden.

Italien.

In Italien haben sich in den letzten Tagen die Irredentisten auffallend bemerkbar gemacht. Wegen irredentistischer Kundgebungen war bekanntlich der Gemeinderath von Terni aufgelöst worden. Die „Amtliche Zeitung“ veröffentlicht jetzt das bezügliche königliche Dekret. Dem Dekret geht ein Bericht des Ministerpräsidenten Crispi an den König voraus, dem zufolge die Maßregel dadurch veranlaßt wurde, daß der Gemeinderath von Terni am 20. d. M. anlässlich des Jahrestages der Hinrichtung von Oberdan zum Zeichen der Treue die Sitzung aufhob und dadurch eine politische und ungesetzliche Demonstration beging.

In einer Rede zur Oberdankfeier hatte in Rom ein gewisser Albani geäußert: Oberdan habe seiner Zeit seinen Attentatsplan u. A. an Fortis, den gegenwärtigen Unterstaatssekretär Crispi's, mitgetheilt; Fortis habe nicht nur den Plan gebilligt, sondern auch Oberdan zur Ausführung veranlaßt. Diese Äußerung ist mehrere Tage ohne Demerit geblieben, und man war an manchen Stellen schon geneigt, dem Inhalt derselben als Wahrheit anzusehen. Ein Wolff'sches Telegramm vom Mittwoch meldet aber nunmehr, daß die Meldung, der jetzige Unterstaatssekretär Fortis habe „Oberdan und dessen Attentat in Beziehungen gestanden, vor maßgebender Stelle als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet werde.

Rußland.

In den Ostseeprovinzen erfolgen, nachdem die Hauptentscheidungen gegen das Deutschthum geföhrt worden sind, noch einige kleinere Schläge, um das Werk der Russifizierung zu plätten und zu vollenden. Die Dorpater Universitätsprofessoren wählten bisher den Rektor selbst aus ihrer Mitte, soll der Rektor aber gut russisch sein, so kann das natürlich nicht so bleiben. Daher ist denn in der Gesetzmäßigkeit am Freitag ein vom Kaiser genehmigter Reichsrathsbeschuß veröffentlicht, wonach in Abänderung und Ergänzung der Statuten der Dorpater Universität der Rektor künftig vom Minister für Volksaufklärung aus der Zahl der ordentlichen Professoren der Universität gewählt und durch kaiserlichen Erlaß auf vier Jahre ernannt wird. Der Professor und die Dekane werden vom Rektor des Lehrbezirks gewählt und durch den Minister für Volksaufklärung im Amte bestätigt. Endlich werden dem Minister bei der Besetzung vakanter gewordener Professuren umfassendere Nachbefugnisse als bisher eingeräumt.

Amerika.

In Brasilien scheinen neuerdings einige Unordnungen stattgefunden zu haben, welche von der antirepublikanischen Presse stark aufgebauscht worden sind. Nach einem Wolff'schen Telegramm sind in New York aus Montevideo über Galveston Privatnachrichten eingegangen, welche die Meldungen von neuerdings in Brasilien stattgehabten Unordnungen und Ruhestörungen bestätigen und die Lage der Regierung als eine kritische bezeichnen. Wir müssen diesen Nachrichten wenig Glauben bet. Daß nach einer so bedeutamen Ummwälzung, wie sie in Brasilien stattgefunden hatte, Ruhestörungen vorkommen müßten, war von vornherein vorauszusetzen; daß aber diese Ruhestörungen bedeutend genug waren, um den Bestand der Republik in Frage zu stellen, dafür liegen bisher noch keine genügende Belege vor. Eine Abtheilung Militär in Rio de Janeiro ist anspruchsvoll aufmarschirt, das ist die Thatsache, welche den schwarzfärblichen Darstellungen zu Grunde liegt. Das Vailier „Journ. des Debats“ läßt sich von wiederholten militärischen Manövern berichten. Derselben Berichtes sollen jedoch sein, daß Maria all Fonseca trotzdem der Herr der Lage ist. Man muß bedenken, daß das Militär bei der Revolution die erste Rolle spielte. Ganz natürlich ist es daher, daß dasselbe im Bewußtsein seiner Wichtigkeit nunmehr mit der neuen Regierung in Konflikt geräth. Alle Classe der neuen Regierung sind aber energischer Natur

vom Elend ausgehungerten mageren Leichen lag der Körper „Trompette's“, ein trauriger großer Klumpen todtien Fleisches.

Stephan lebte. Er stand noch mitten auf dem Hofe, als eine schmetternde Stimme hinter ihm laut wurde. Es war der Abbé Kanvier, der von seiner Frühmesse zurückkam. Er hob beide Arme gen Himmel, rief den Zorn Gottes auf die Mörder herab und verkündete mit wuthbebendem Prophetentone, das Reich der Gerechtigkeit werde kommen, das Feuer des Himmels werde das Bürgerthum vertilgen, weil es zur Krönung seiner Greuelthaten die Arbeiter, die Deklassirten dieser Welt, niedermetzeln lasse.

Siebenter Theil.

Erstes Kapitel.

Die Flintenschüsse von Montfou widerhallten in einem furchtbaren Echo bis nach Paris. Seit vier Tagen brachten die entristeten Oppositionsorgane auf ihrer ersten Seite in umständlicher Weise die haarsträubendsten Berichte. Fünfundzwanzig Verwundete, vierzehn Todte, darunter zwei Kinder und drei Frauen. Dann wurde weitläufig von den drei Gefangenen gesprochen. Lovaque war eine Art Heros geworden und ihm wurden Antworten von erhabener Würde und klassischem Selbennuth in den Mund gelegt, die er dem Instruktionsrichter gegeben habe. Das Karisthium, welches durch diese paar Kugeln in's Fleisch getroffen worden, affectirte eine majestätische Ruhe, ohne sich über die Gefährlichkeit der erhaltenen Wunde recht klar zu sein. Dies sei, meinten die Regierungsbüchler, nichts als eine allerdings bedauerliche Kollision dort oben in jenem schwarzen Kohlenlande, weit von dem Asphalt von Paris, wo die öffentliche Meinung geboren wird. Die Sache wird bald dem Bergeffen anheimfallen.

Die Kompagnie erhielt den offiziellen Befehl, die Ereignisse möglichst zu vertuschen und diesem Streik, der anfang sich gar zu sehr in die Länge zu ziehen und der schließlich eine soziale Gefahr werden könne, ein Ende zu machen. Schon am Mittwoch früh kamen denn auch in Montfou drei Registreure an, und das Städtchen, welches bisher noch nicht gewagt hatte, sich über das Blutbad im

und bekunden, daß dieselbe vollständig das Heft in Händen hält. So wird aus Rio de Janeiro unterm Donnerstag gemeldet: Ein vom 23. d. datirter Erlass der Regierung ordnet an, daß alle des Auftrags der Bekämpfung des Militärs oder der Opposition gegen die Republik beschuldigten Personen vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Ferner: Die Regierung hat am Mittwoch ein für die Opposition entretendes Blatt unterdrückt.

Der Umstand, daß die Regierung die Wahlen für die konstituierende Versammlung auf das Ende des nächsten Jahres anberaumt hat, wird von antirepublikanischer Seite ebenfalls vielfach dahin gedeutet, als ob die Regierung die bestehende Militärdiktatur vorläufig nicht entbehren könne, wenn sie die bestehende Ordnung nicht gefährden wolle. Wie falsch dies ist, erweist sich aus einer von der brasilianischen Regierung an ihre Gesandtschaft in Berlin gerichtete Mitteilung, welche die wahren Gründe für den späten Termin der Wahlen enthält. Dieselbe lautet: Durch Erlass der provisorischen Regierung sind die Wahlen für die konstituierende Versammlung auf den 15. September und der Zulamtritt der Versammlung auf den 15. November l. J. festgesetzt. Diese Fristen sind so kurz als möglich bemessen worden mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, ein neues Wahlsystem einzuführen, sowie neue Listen für die große Menge derjenigen neuen Wähler aufzustellen, welche durch die Verfügungen der provisorischen Regierung, wonach das Wahlrecht auf alle des Lebens kundige Männer und auf die durch den großen Naturalisationserlass Naturalisirten ausgedehnt worden ist, geschaffen worden sind. Auch war der Wunsch der Regierung maßgebend, die Wahlen in einer kürzeren Frist vornehmen zu lassen, als dies durch die Wahlreform von 1881 vorgeschrieben wird. — Hieraus geht deutlich hervor, daß die den bestehenden Verhältnissen in Brasilien die Wahlen unmöglich früher angesetzt werden konnten. Alle Meldungen von einem schlechten Verhalten der jungen Republik scheinen mehr den Wünschen als den Thatfachen zu entspringen.

Die offiziellen „Berl. Polit. Nachr.“ dementiren, daß die deutsche Regierung mit der Absicht umgehe, ein Kriegsschiff zum Schutze der deutschen Staatsangehörigen nach Brasilien zu entsenden.

Elberfelder Sozialistenprozeß.

Elberfeld, 27. Dezember.

27. Tag der Verhandlung.

Zunächst erhält das Wort

Beckel: Zunächst muß ich eine Reihe von allgemeinen Bemerkungen vorausschicken. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wurden eine Reihe von Artikeln des „Soz.“ verlesen, die ziemlich tendenziös herausgeholt waren, aber mit der Anklage nichts zu thun hatten. Sie kommen insofern für die Angeklagten nicht in Frage, als der Staatsanwalt auch nicht einmal den Versuch machte, zu beweisen, daß einer der Artikel von einem Angeklagten veranlaßt oder gebilligt wurde. Nach meiner subjektiven Ueberzeugung versuchte der Staatsanwalt dadurch auf die Richter einzuwirken. Diese Art tendenziösen Auswuchens hat auf alle Angeklagten den ungünstigsten Eindruck gemacht. Möglich, daß ein großer Theil der Angeklagten die Artikel vorher gar nicht kannte. Sollte auf die öffentliche Meinung eingewirkt werden? Niemand hat ein souveränere Betrachtung der öffentlichen Meinung geübt, als der Staatsanwalt.

Die Staatsanwaltschaft zielt darauf hin, die Sozialdemokratie als eine Unkrautpartei darzustellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß den allgemeinen Bemerkungen der Staatsanwaltschaft die schärfste tendenziöse Stellung zu Grunde liegt. Der Staatsanwalt hat auf eine Richtsagsrede von mir hingewiesen. Die mir von ihm in den Mund gelegte Aeußerung würde die größte Entrüstung des Reichstags hervorgerufen und die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf immer zur Folge gehabt haben. Ich habe diese Aeußerung nicht gethan und kann sie nicht gethan haben. In einer Debatte mit Buntkammer habe ich allerdings gesagt, daß die Sozialdemokratie an Stelle der Monarchie die Republik hien wollte. Die sozialdemokratische Lehre ist aber frei. Das „Kapital“ von Marx, in dem diese Lehre am schärfsten ausgeprägt ist, ist bis heute nicht verboten. Was die Lehre vom Atheismus betrifft, so steht im Programm, Religion ist Privatsache. Ist denn der Atheismus eine Eigenheit der Sozialdemokratie? Ich erinnere an die großen Philosophen der Jetztzeit, die Atheisten waren, an die großen Philosophen der Jetztzeit. Es ist grundfalsch, uns unterzustellen, wir predigten von Pa te wegen den Atheismus. Was den Republikanismus betrifft, so haben wir ja in Deutschland zwei große Republiken. Der König Amadeo von Spanien legte infolge einer Volksabstimmung ruhig seine Krone nieder und einen ähnlichen Vorgang haben wir vor kurzem in Brasilien erlebt. Der Staatsanwalt hebt hervor, wir verhöhen die Sozialreform. Aber ohne die Sozialdemokratie hätte es keine Sozialreform gegeben, das hat selbst Bismarck erklärt.

Voreuz zu freuen, athmete auf und jubelte über seine Erlösung.

Das Wetter war schön geworden, die ersten lauen Tage des Februar grüntem mit freundlichem Sonnenschein die Knospen der Lilien. In der Regie wurden die Falousien an allen Fenstern geöffnet, das große Gebäude schien wieder aufzuleben, und die erfreulichsten Gerüche kamen daraus zum Vorschein. Es hieß, die Herren, ungemein betrübt über das traurige Ereigniß, seien herbeigeeilt, um ihre väterlichen Arme den Bewohnern der Kolonien zu öffnen. Jetzt, wo die von ihnen gewünschte Katastrophe eingetreten war, wenn auch zweifelsohne stärker als sie es gewünscht, spielten sie ihre Retterrolle und dekretirten, etwas spät allerdings, die weitesten Maßregeln.

Zunächst verabschiedeten sie mit vielem Geräusch die fremden Arbeiter, was sie selbst das denkbar größte Entgegenkommen den Streitenden gegenüber nannten. Dann ließen sie die militärische Besetzung der Gruben, welchen die besorgten Arbeiter nicht mehr gefährlich waren, aufheben. Endlich waren auch sie es, welche dafür sorgten, daß das Verschwinden der Schildwache todgeschwiegen wurde. Man hatte die ganze Gegend durchsucht, es waren weder das Gewehr noch die Leiche gefunden worden, und der Mann wurde als Deserteur erklärt, obwohl man ein Verbrechen vermuthete. So bemühten sie sich in Allem, die Ereignisse milde zu verschleiern und ihnen ihren Ernst zu nehmen, überzeugt, daß es nicht ungefährlich sei, die unzählbare Wildheit der durch das morsche Gebäude der alten Welt losgelassenen Massen einzusetzen.

Doch diese verhöhlischen Bestrebungen verhinderte die Herren nicht, sich auch rein administrativen Geschäften zu widmen. Man hatte Herrn Deneulin nach der Regie gehen sehen, wo er mit dem Direktor Pennebeau zusammentraf; die Unterhandlungen betreffs des Verkaufes von Vandame wurden wieder aufgenommen, und man meinte, es sei höchst wahrscheinlich, daß Deneulin die Bedingungen der Regisseure eingehen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Alles dies soll beweisen, daß die ganze Darstellung des Staatsanwalts tendenziös entstellt ist. Wenn das Sozialistengesetz schon beseitigt wäre, würde dieser Prozeß unmöglich sein. Ich erinnere Sie, meine Herren Richter, an die von den Kommissaren vorgelesenen Berichte. Auf meine Frage, warum man die mitgetheilten Verhandlungen nicht inquirirt, wurde die Aussage verweigert. Andere Polizeibeamte und Gendarmen haben trotz ihrer Kenntniß auch nicht den Versuch gemacht, Ungeheures zu verhindern. Einer hat erklärt, sie hätten O: dre gehabt, die Dinar gehen zu lassen. Es sollte eben etwas Großes herauskommen. Wenn die Polizei eine Diebesbande oder Brandstifter gewähren ließe, bis sie dieselbe bei einem größeren Verbrechen abfassen könnte, was würden die Richter dazu sagen? Ganz analog ist in unserem Prozeß verfahren worden. Bei dieser Prozeßjucherei sollte eben die allgemeine Verbindung herauskommen. Und wie verhält es sich mit dem Zeugen Weber? Warum haben sich Staatsanwalt und Untersuchungsrichter keine Mühe gegeben, diesen gefährlichen Weber zu fassen?

Eine Hauptrolle in der ganzen sogenannten geheimen Verbindung spielt der „Soz.“. Ich muß auf die Hauptpunkte noch einmal eingehen. Das ganze Anklagematerial soweit es sich auf die allgemeine Verbindung bezieht, hat weder in Chemnitz noch in Freiberg die geringste Rolle gespielt. Das Blatt ist verboten und wie es schreibt ist gleichgiltig. Keinem der Staatsanwälte ist es eingefallen, den vom hiesigen Staatsanwalt hauptsächlich angeführten Artikel in Betracht zu ziehen. In diesem Artikel wie in anderen hat die Staatsanwaltschaft nur das Gravirende gesehen. Was sollte aus den Angeklagten und der Vertheibigung geworden sein, wenn ich nicht in der glücklichen Lage wäre, ein vollständiges Exemplar des „Sozialdemokrat“ zu besitzen?

Als das Sozialistengesetz kam, wurde die allgemeine Parteio rganisation aufgelöst. Die 16 Drudereien wurden mit einem Schläge materiell vernichtet. Da traten Liebknecht, Biedel, Frische, ich und Andere zusammen und erließen einen Aufruf, worauf wir auch von andern Parteien namhafte Beiträge zu Unterstützungswenden erhielten. Ein Jahr darauf entstand in der Schweiz der Gedanke, ein Blatt zu gründen, wogegen wir uns zuerst sträubten, da wir durch Blätter in Deutschland mehrere Leute unterbringen wollten. Es gelang uns aber nicht, ein Blatt in Deutschland zu halten. Da erbot sich Höpfer, in der Schweiz den „Sozialdemokrat“ zu gründen und so geschah es. Das Blatt wurde in Deutschland zu verbreiten gesucht. Damals gab Rost die „Freiheit“ heraus und ging in der wüthendsten Weise gegen die Fraktion los; das bewog uns hauptsächlich, uns für den „Soz.“ zu interessieren. Bei allen Kongress-Einberufungen handelte es sich für uns nur darum, diplomatische Intervention zu verhindern. Wir erhielten in Kopenhagen von der Polizei den guten Rath, so bald wie möglich uns zu entfernen. Ich weise auf das Wübener Protokoll hin, worin die Streitigkeiten mit Rost und Hoffmann fast die Hälfte einnehmen. Die Streichung des Wortes „gesetzlich“ geschah aus Erbitterung über die willkürliche Handhabung des Sozialistengesetzes. In demselben Maße, wie sich die Arbeiterpresse in Deutschland hebt, in demselben Maße sinkt der Einfluß des „Soz.“. Es ist daher unerklärlich, wie der Staatsanwalt so gegen die „Freie Presse“ eifert.

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Ueberlicht.

Der Fachverein der Albumarbeiter versendet am Jahreschluss nachstehendes Jukular an die Fabrikanten: Der Vorstand des unterzeichneten Vereins wurde in der Vereins-Versammlung am 16. Dezember d. J. beauftragt, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß am 2. Dezember in einer öffentlichen Versammlung sämmtlicher Albumarbeiter Berlins folgende Beschlüsse gefaßt worden sind: 1. Im nächsten Jahre zu Anfang der Saison die Forderung zu stellen, die Arbeitszeit auf 9 Stunden zu reduzieren. 2. Die Besetzung der Balenzen geschieht nur durch den Arbeitsnachweis des Fachvereins der Albumarbeiter. — Etwasige Arbeitsinsätze in der „Volks-Zeitung“ u. werden vollständig ignoriert. Wir fühlen uns um so mehr veranlaßt, unserem Auftrage schleunigt nachzukommen, damit Sie in der Lage sind, bei Ihren Kalkulationen darauf Rücksicht nehmen zu können. Gleichzeitig theilen wir Ihnen mit, daß unser Arbeitsnachweis sich jetzt Adalbertstr. 4 bei Herschleb befindet. Gefällige Erklärungen hierauf, gleichviel ob bejahend oder verneinend, bitten wir höchst bis zum 10. Januar n. J. an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Hochachtungsvoll Der Fachverein der Albumarbeiter Berlins. J. A.: F. Mielenz, Berlin SO., Oranienstr. 10.

Sache der Albumarbeiter wird es nunmehr sein, den Verein durch allgemeinen Beitritt in seinem Vorgehen zu unterstützen. Besonders ist es Pflicht eines jeden Kollegen, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen, um so eine Zentralstelle für die Arbeitsvermittlung zu schaffen. Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 30. Dezember, Abends 8½ Uhr, Oranienstraße 180 statt.

Versammlungen.

Die Mitgliederversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. (S. 5. 39). Sitz Dresden, örtliche Verwaltung Berlin, fand am 17. Dezember bei Grindel, Dresdenerstr. 116, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht. Herr Wendtschlag berichtete über die Kranken- und Sterbefasssit. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, daß, wenn ein Mitglied stirbt, es durch ein Inserat bekannt zu machen ist, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, die Leiche zu begleiten. Hierauf erstattete Herr Wendtschlag den Kassenericht und theilte mit, daß der örtlichen Verwaltung zur Zeit 770 Mitglieder angehören, und daß im laufenden Jahr 106 Mitglieder theils abgetreten sind, theils ausgeschlossen wurden. Die Kasse hat in Deutschland 75 örtliche Verwaltungen mit 3916 Mitgliedern und besitzt ein Vermögen von 48 460,02 M. und einen Ueberfluß von 6033,18 M. im 3. Quartal. Eine rege Diskussion schloß sich an, da angeregt wurde, den Mitgliedern der 2. Klasse aufzugeben, soweit wie möglich in die 1. Klasse überzutreten, da in der 2. Klasse das Krankengeld nur 12 M. beträgt, die Kasse mithin, wenn die Mitglieder eine Heilanstalt benutzen, der 1. Klasse gegenüber zu viel leistet. Bei der Ergänzungswahl der örtlichen Verwaltung wurden Herr R. Habang, Kesselstr. 20, zum Bevollmächtigten und Herr L. Wiesow, Grimmstraße 40, zum Schriftführer wiedergewählt. Neugewählt wurden Herr Marks als Revisor, Herr Habnhold als stellvertretender Bevollmächtigter, Herr Reuschel als stellvertretender Kassierer. Herr Habang besprach die Petition der Magdeburger Verwaltung betreffs des Natuherverfahrens. Auch wurde ein Antrag, von 1890 an in jedem Quartal eine Mitgliederversammlung abzuhalten, angenommen. Der Antrag, eine Kommission von 5 Mitgliedern zur Revidirung des Statuts zu wählen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, die Zah stellen für den Norden und Osten nach anderen Lokalen zu verlegen, wurde dem Vorstand und den betreffenden Mitgliedern überlassen. Der Kassierer, Herr Wendtschlag, mocht

Straße 7 b Nr. 2 an der Gubenerstraße. Die Hauptabtheilung befindet sich Rosen- und Neue Friedrichstraße-Ge im Restaurant Rühlmen, Sonnabends von 6 bis 8 Uhr. Zahlstellen sind in jedem Viertel vorhanden.

Eine Versammlung mit Hindernissen von Seiten der Polizei mußte der Verein der Nähmaschinen- und Handarbeiterinnen Berlins und Umgegend zum dritten Male am Dienstag, den 17. d. M., in Moabit in Arendts Brauerei erleben. Die erste Vorsitzende, Frau Gubela, welche sich um 7½ Uhr nach dem Lokal mit noch etlichen Vorstandsdamen hindeben hatte, um alles zu ordnen, mußte um 9 Uhr zu ihrem größten Erstaunen hören, daß die draußen anwachsende Menschenmenge nicht in den Saal hinein durfte. Die Einberuferin wandte sich nun an den überwachenden Beamten mit der Frage, mit welchem Recht die Polizei diese Maßregel ererkeife: die Versammlung sei mit Zulassung der Männer und Arbeiterinnen aus allen Berufsweigen polizeilich 24 Stunden vorher genehmigt, und wenn man die Versammlung nicht stattfinden lassen wollte, hätte man doch lieber die Genehmigung versagen sollen, als in Moabit solche Aufregung in die Massen zu bringen. Der Beamte erwiderte, die Versammlung sei nur eine Vereinsversammlung; es hätten nur Mitglieder, welche sich durch Karten legitimiren könnten, Zutritt zu derselben. Er müsse seiner Instruktion Folge leisten, die noch mit einem besonderen Ertrich in seinen Armen versehen war. Frau Gubela konnte jedoch von dem draußensitzenden Revier-Plenarant verlangen, daß diejenigen, welche Frau Gubela für Bekannte hielt, hinein gelassen würden und sie sollte bei künftigen Anmeldungen bemerken, daß in den Saal so viel Herren hinein könnten, wie sie als Vorsitzende für gut befände. Daraus erwiderte Frau Gubela, daß ihr wohl laut Gesetz das Recht zustehe, den anwesenden Kriminalbeamten das Lokal zu verweisen, daß sie sich aber niemals für berechtigt halten würde, den anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen, welche sich im Interesse der Sache hin bemühen, das Lokal zu verweisen. Nunmehr begab sich Frau Gubela zu dem Revierbeamten, welcher vor dem Lokal eine Kontrolle ausübte, die jeder Beschreibung spottet. Kein Jureden half. Vergebens war es, daß der Wirth, Herr Webedin, darum bat, doch sein Restaurationslokal frei zu lassen, da er sonst einen zu großen Schaden erlitte, weil alle Eingänge besetzt waren. Selbst die Vorstandsdamen und der Referent, welche bereits eine Stunde vergebens gewartet hatten, wurden nicht hineingelassen. Der Referent mußte, verfluchen, irgend wo über den Zaun zu klettern, um sich wenigstens so den drinnen harrenden Gästen zeigen zu können. Als nun die Nachricht nach dem Saale kam, daß sich draußen Hunderte von Menschen angesammelt hätten, lief Frau Gubela nochmals mit der Genehmigung in der Hand nach vorn, um irgend einem Bekannten den Auftrag zu geben, nach dem Polizeipräsidenten telegraphiren zu lassen und anzufragen, was hier denn eigentlich geschehen solle, da doch die Mitglieder nicht auf der Straße aufgenommen werden können. Der Beamte rief ihr entgegen, daß sie, wenn sie sich „raus scheerte“, nicht wieder hinein dürfe. Es wurden nun, um endlich den Zweck zu erreichen, die Mitgliedsbücher, soweit dieselben vorhanden waren, über den Zaun gegeben, damit wenigstens die Arbeiterinnen hinein könnten, die darauf ein Anrecht hatten. Es konnte so mit vieler Mühe die Versammlung denn doch noch den Hauptpunkt erledigen und eine Pitale gründen. Da nun selbst die von den Mitgliedern anaenommene Bevollmächtigte unter der draußen stehenden Menschenmenge war, so mußte schnell eine andere Dame gewählt werden, und die Wahl für die Bevollmächtigte fiel auf Frau Rauen, Gerichtsstr. 25, als Kassiererin wurde Frau Hirse, Bandelstr. 15, als Schriftführerin Frau Pfarr, Birkenstr. 46, gewählt. Eingetragene wurden 31 Mitglieder. Da der 2. Punkt, Vortrag des Herrn Jubel, nicht erledigt werden konnte, weil derselbe noch draußen stand, so mußte man den Punkt fallen lassen und zu Verschiedenem schreiten. Herr Feldmann ergriff das Wort und wies auf das Thema hin, welches Herr Jubel in der Versammlung behandeln sollte. Endlich war es dem Referenten möglich geworden, sich Einlaß zu verschaffen. Er konnte sich noch unter „Verschiedenes“ zum Wort melden. Er bedauerte die Maßregeln, die von Seiten der Polizei ergriffen worden. Frau Gubela ging mit den Kellnern des Lokals zu Gericht und wies entschieden die Verleumdung zurück, welche sich dieselben nach der ersten Versammlung erlaubt hätten. Kein Mitglied des Vereins hätte die Absicht gehabt, nach dem Beamten zu werfen und die Glocke zu zerbrechen, wie die Kellner behauptet hatten. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, dahin zu wirken, den 1. Mai als einen Feiertag zu betrachten und alle Hände ruhen zu lassen. Ferner machte Frau Gubela noch auf das bevorstehende Weihnachtsvergnügen aufmerksam und bat um recht rege Theilnahme. Sie ermahnte den neuen Vorstand nochmals, die Pitale so zu verwalten, daß in kürzester Zeit der große Saal in der Brauerei zu klein für die Versammlung wäre, und recht eilig zu arbeiten. Eine Resolution, von „Klingelwolle“ keine Nützlichkeit und von Lofer und Wolff keine Zigarren mehr zu nehmen, wurde angenommen. Beschwerde wegen des Verhaltens der Polizei ist eingereicht.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Interessen der Töpfer Berlins hielt am Sonntag, den 22. Dezember, in Jordan's Salon, Grünstraße, seine vierwöchentliche Mitgliederversammlung ab, die sehr schwach besucht war. Das veranlaßte Herrn Münzerpost zu beantragen, die Versammlung nicht tagen zu lassen. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Da der Schriftführer, Herr Heere, erkrankt war, wurde Herr Topf zum Stellvertreter desselben ernannt. Als erster Punkt stand der Antrag Topf auf Erhöhung der Wanderunterstützung auf der Tagesordnung, welcher lautete: In Erwägung, daß die Lebensmittelpreise gestiegen sind und der Wirth des Arbeitsnachweises nicht im Stande ist, die Preise für Logis den fremden zugereisten Töpfern zu ermäßigen, sondern eher noch sie zu erhöhen gezwungen ist, beantrage ich für wandernde Töpfer, welche einer Organisation angehört haben, eine Unterthützung von 2 M. für solche, welche keiner Organisation angehört, ob sie Gelegenheit dazu hatten oder nicht, 1 M. Wanderunterstützung zu gewähren. Herr Krause wollte, daß die sogenannten Wilden nichts bekommen; Herr Thieme sprach für den Antrag, da die Verhältnisse in Berlin anders liegen wie in einer kleinen Stadt. Schließlich wurde der Antrag verlag. Sodann wurden für das nächste Vierteljahr die Herren Habnhold, Bengsch, Kiese und Schulz gewählt, die den Arbeitsnachweis zu führen haben.

Zu Punkt 3 referirte der Vorhänger vom Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts, Herr Hundt. Redner schilderte, in welcher Weise der Sanitätsverein im Stande ist, den Mitgliedern der freien Kassen vom Segen und Vorthheil zu gezeiten. Es wäre Pflicht eines jeden Arbeiters, dem Sanitätsverein beizutreten. In Verschiedenem wurde ein von Herrn Thieme gestellter Antrag angenommen, wonach während der Feiertage jeder zugereichte einer Organisation angehörige Töpfer das Doppelte, also 2,50 M., und die sogenannten Wilden wie bisher 0,75 M. erhalten sollen.

Eine Versammlung der Stepperinnen (Schiffbrände) war für den dritten Weihnachtsfeiertag nach dem Schiffschen Saale anberaumt worden. In derselben wollte Herr Krause einen Vortrag über die Bedeutung des achtundzigtigen Arbeitstages halten. Die Versammlung konnte indessen infolge Versagung der polizeilichen Genehmigung nicht stattfinden.

Der heutigen Nummer liegt für unsere Abonnenten Nr. 52 des „Sonntags-Blatt“ bei.

Tokales.

Gesundheit und Mode. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es die selben Menschen sind, welche auf der einen Seite für Hygiene, für eine rationelle Lebensweise schwärmen und auf der anderen Seite gegen die eigene Ueberzeugung auf das ärgste sich versündigen — als Sklaven der herrschenden Mode. Die Mode steht häufig auf dem geforniatesten Kriegsfuß mit den ersten Anforderungen der Hygiene, dennoch nimmt Niemand Anstoß daran — es ist ja Mode! Eine immer weiter um sich greifende Modenarrheit sind z. B. die Dugenschleiben, jene bunten Fensterverglasungen in Bleiverfassung, welche die Weltgeschichte auch äußerlich um einige Jahrhunderte zurückgeschraubt erscheinen lassen. Damals, als noch die polverbräunten Hauben, das Barett, das geschligte Wams und die Schwebel auf der jetzigen Höhe, denn man konnte weder die großen Tafeln herstellen, wie sie heute fabriziert werden, noch war man im Stande, so schönes weiches durchsichtiges Glas zur Verfertigung der Fenster zu fertigen, wie es heute aus den Glasbütten hervorgeht. Deshalb mußte man sich an die kleinen Dugenschleiben halten, die nur ein gedämpftes Licht einlassen und suchte, da die grünen Glasrollen keine Aussicht in die belebte sonnendurchstrahlte Natur gestatteten, sich dadurch einen heiteren Anblick zu verschaffen, daß man die hüben Fensterungen mit ergögenden bunten Schleiben einfügte. Diese alten Fenster sind nun wieder mode geworden und gehören nicht allein zur stilvollen Ausschmückung von Wohnräumen, sondern auch von Gastwirtschaften, in denen Neulichen nach des Tages Licht und die Erholung suchen und finden wollen. Daß sich die heutigen modernen Menschen in diesem dem Mittelalter nachgebildeten Lokaltönen unheimlich ausnehmen, scheint man nicht zu bemerken. Die Mode ist nicht zu entzweien, weder durch den Fuch der Lächerlichkeit, der auf ihr ruht, noch durch das Unheil, welches sie anrichtet. Die größten Feinde der krankhaften Organismen, der Bakterien, Pilze etc. sind feines Licht und frische Luft. Die Dugenschleiben hindern jedoch dem Lichte den ungehinderten Zutritt in die Wohn- und Schlafzimmern bzw. in die Saalräume, in welchen sich Menschen in großer Zahl arbeitsam pflegen, in deren mittelalterlichem Dämmerlichte die Keime schädlicher Lebewesen trefflich zur Entwidlung gelangen können. Damals, als die genannten Räume eng und dumpf waren, als nur spärlich Licht in dieselben zu dringen vermochte, als die jetzt wieder gefeierten Feuerwerksfabrikation kennzeichneten, fielen die Pest, der schwarze Tod und andere Seuchen reiche Ernten in den Wohnungen, die, wie wir jetzt immer mehr erkennen, keineswegs den Gesetzen der Hygiene, den Geboten der Gesundheitslehre entsprachen, da sie weder Licht noch Luft in genügender Maße einließen. Dennoch werden diese heute wieder hergeholt — „modern“ ist das Zauberwort, welches das Alte, Ueberlebte aus wohlverdienter Ruhe und Vergessenheit zu einem neuen Scheinleben hervorzerret. Den Dugenschleiben entsprechend, das heißt ebenso gesundheitswidrig wie diese sind zum Teil auch die inneren Einrichtungen der „hochherstaltlichen“ Wohnungen, meist schwer bewaltete, mit Ecken und Kanten, Vorhängen, Lehnen und Schnitzwerk versehene Zeugnisse der Tischlerei. Alle diese Ecken und Erhabenheiten sind im wahren Sinne des Wortes Staubfänger. Ebenfalls sind die Winkel unter kunstfertigen Schränken, Sophas etc. Staubfänger, in denen sich leicht ein laubiges Gewölbe, das eine beliebige Verberge für die lebensfähigen Keime von Diphtheritis und ähnlichen ansteckenden Krankheiten abgibt. Desgleichen häuft sich ein solches Gewölbe außer unter den Decken, wie Coccoläusen etc., gern auf den Gurten der Polstermöbel an, weil dem Staube und den kleinen Insekten, die von jedem Gewebe abgestoßen werden, der Zutritt in die Polsterungen vom Fußboden her offen steht. Um die aus solchen Schädlichkeiten entstehenden Gefahren für die Gesundheit zu vermeiden oder wenigstens zu verringern, empfiehlt es sich, die Polstermöbel mit einer dichten Leinwand gegen das Eindringen keimgebenden Staubes zu schützen, und die anderen Möbel darauf zu konstruieren, daß sie leicht abzuwischen sind und nicht durch unnützes Geschwätz oder durch pilzartige Anbringung von Anstrich zu graden bössartigen Staubfängern werden. Die Beine der schwerbeweglichen Möbel müssen so hoch und so lang gemacht werden, daß sie eine dauernde und gründliche Reinigung auch des Fußbodens und der kleinsten Winkel mit

Besen und feuchtem Lappen zulassen. Doch was sagt die Mode nach den Anforderungen der Hygiene? Wie hier, so stehen sich noch auf vielen anderen Gebieten die Interessen von Mode und Gesundheit gegenüber und überall sehen wir die Mode herrschen, selbst auf Kosten der Gesundheit.

Der Weihnachts-Väterverkehr bei den hiesigen Postämtern ist auch in diesem Jahre von außerordentlich großem Umfange gewesen und hat den vom vorigen Jahre bedeutend überstiegen. So sind in der Zeit vom 18. bis 25. Dezember der bei den hiesigen 6 Bahnhofs-Postanstalten im Ganzen 1732731 Pakete zu bearbeiten gewesen, was eine Steigerung von 252475 Stück gegen die gleiche Zeit des vorigen Jahres erzeigte. Am stärksten zeigte sich der Väterverkehr auf dem Schleifischen Bahnhofe, bei welchem allein am 22. Dezember 86019 Stück zu behandeln waren. Bestellt wurden durch das Paket-Postamt in der Weihnachtszeit 227321 Stück, am 22. Dezember allein 48592 Stück.

Neujahrsbriefbestellung der Paderfahri-Aktien-Gesellschaft. Ein Abonnent schreibt uns: Wie im vorigen Jahre, so kündigt auch in diesem die Direktion der Paderfahri-Aktien-Gesellschaft den Verkauf von kunstvoll ausgestatteten Neujahrsbriefen an. Früher verkaufte die Gesellschaft diese Briefe mit 5 Pf. pro Stück, während dieselben jetzt (wahrscheinlich infolge des kolossalen Umsatzes, den die Gesellschaft damit erzielt) 10 Pf. pro Stück kosten sollen. Schreiber dieses übergab im vorigen Jahre dieser Gesellschaft die Zahl von zwölf mit ganz genauen Adressen versehenen Briefen zur Verfertigung, machte jedoch die bittere Erfahrung, daß nur die Hälfte am Neujahrstage ihr Ziel erreichten; drei weitere kamen nach einigen Tagen an, und die übrigen blieben verschunden. Ähnlich wird es wohl vielen Anderen ergangen sein. Ich möchte deshalb die Leser dieses Blattes ersuchen, ihre Neujahrs-Gratulationen durch die Reichspost bestellen zu lassen, denn nur diese bietet einigermassen die Garantie für pünktliche und richtige Befolgung.

Der scharfe Frost hat in den verfloffenen Nächten alle fließenden Wasser mit einer dicken Eisschicht bedeckt und selbst im fließenden Wasser, wie im Spreelauf treiben große Eismassen, welche, wenn der Frost anhält, sich in kurzer Zeit zu einer vollständigen Eisecke verdichten und prächtige Eisbahnen bilden werden. Der Humboldtshafen ist fest zugefroren und der Spandauer Schiffahrtskanal wird den Berlinern in kurzer Zeit die prächtigste Distanzbahn nach Saardänien und Spandau bieten.

Die fliegenden Flederhändler, jene regelmäßig zwischen Weihnachten und Neujahr erscheinenden „Saisonhändler“ von Neujahrskarten, haben sich seit Freitag wieder in den Hauptstädten etabliert, und hat die Zahl derselben in diesem Jahre bedeutend zugenommen. Das Hauptgeschäft in diesem Artikel entwickelt sich im Norden und Osten der Stadt. Einen erheblichen Rückgang hat in diesem Jahre erfreulicher Weise der Handel in jenen „Scherzhaften“ Karten genommen, welche die Polizei zu beschlagnahmen pflegt. Der Umsatz in Neujahrskarten nimmt übrigens von Jahr zu Jahr zu und beträgt derselbe innerhalb Berlins allein jetzt 1/2 Millionen Mark. Mit der Herstellung der Karten beschäftigen sich jetzt 40 größere und kleinere Berliner Fabriken, denen nur München Konkurrenz macht, und die ihre Waaren über ganz Deutschland, Österreich, Schweden, sowie Nord- und Süd-Amerika verbreiten.

Gonderbare Weihnachtsgeschenke. Zwei junge Mädchen in der Oranienstraße, Löhner einer Beamtenwitwe, die für Konfektionsgeschäfte arbeiten, haben einen im Alter von 20 Jahren stehenden geistesgestörten Bruder zu ernähren, der bei ihnen lebt. Derselbe wird scharf beobachtet, kommt höchst selten allein aus dem Hause und wenn er fortkommt, nur bis zur Nachbarschaft. Auf bisher unerklärliche Weise hat sich der junge Mann nun Geld zu verschaffen gewußt, und mit diesem Gelde seinen Angehörigen, nach dem „Deutschen Tagbl.“ ein ganz sonderbares Weihnachtsgeschenk gemacht. Am Heiligabend, während die jungen Mädchen noch in bester Arbeit saßen und der Bruder bereits zu Bette war, kamen nacheinander drei Boten. Der erste brachte 10 Flaschen Getreidebrennöl, der zweite einen ganzen Koch Perleberger Glanzwische und der dritte eine Rolle dampfender Eisbeine. Nach den mit der richtigen Adresse versehenen und quittierten Rechnungen hatte der Bruder dafür im Ganzen 25 M. 80 Pf. ausgegeben. Ferner hatte jeder Boten im Voraus 1 M. Zinsgeld erhalten und der Ueberbringer der Eisbeine, wie er sagte, sogar für den ersten Feiertag Vormittag noch Bestellung auf 12 Pfund Prämurrt. Als man den Bruder wedte, sagte er: „Ist Alles

bezahlt, glatt wie'n Kal!“ drehte sich auf die andere Seite und schlief weiter.

Die Diebs- und Ganer haben vor dem Weihnachtsfeste mit erhöhtem Eifer gearbeitet. Ein Hausdiener der Firma Lehr u. Sohn fuhr mit einem Handwagen, der mit Wollwaaren voll gepackt war, nach der Brunnenstraße, wo er bei einem Kaufmann, einem Kunden des Geschäfts, anhielt. Als er nach kurzer Zeit zu seinem Wagen zurückkehren wollte, war derselbe verschwunden. Der Werth der noch auf dem Gefährt befindlichen Waaren betrug über 200 Mark. In der nächsten Nacht fand ein Wächter den Wagen, der natürlich seines Inhalts entleert war, in der Charitéstraße. Plumper angelegt war ein Schwindel, dem ein Schlächtermeister in der Koppensstraße zum Opfer gefallen ist. Bei demselben erschien ein junger Mann, der sich als Hausdiener eines großen Restaurants in der Andreasstraße ausgab und für dasselbe vier fette Gänse und einen Schinken bestellte. Der Wächter wunderte sich zwar über diese Bestellung, denn er hatte früher für das Restaurant geliefert, dieses hatte aber infolge von Differenzen die Beziehungen mit ihm abgebrochen, inwiefern führte er den Auftrag aus und sandte die bestellte Waare durch seinen Gefellen nach dem Restaurant. Vor der Thür desselben tauchte plötzlich der Hausdiener wieder auf, der den Gefellen anfuhr, warum er so lange ausbleibe. Dabei nahm er dem Schlächtergesellen die Gänse und den Schinken ab, und schickte denselben mit dem Auftrage zu seinem Meister zurück, schleunigst noch einen Kalbsbraten zu holen. Als derselbe mit diesem im Restaurant anlangte, wußte man von der ganzen Bestellung nichts. Ein Schwindler hatte demnach zu einem recht alten und abgenutzten Manöver gegriffen, das ihm aber überaus gut gelungen ist.

In der Tempelhofer Mordaffäre hat sich am zweiten Weihnachtsfeiertage Vormittags eine Gerichtskommission, bestehend aus dem Staatsanwalt, dem stellvertretenden Untersuchungsrichter und einem Gerichtsschreiber des Landgerichts II nach dem Thortorte begeben, nachdem man zuvor den Mörder Groß mit seinem Opfer konfrontiert hatte. Die im Laufe des Vorklartens festgestellten Thatsachen bedürfen vollstän dig mit unserer Darstellung des entscheidenden Falles. Auf dem Hennigshagen Grundstücke, woselbst der Mord vollbracht wurde, erläuterte der Mörder der Gerichtskommission kaltsblütig alle Details seiner grauenhaften That, wie er den im Stalle schlafenden Knacht Luft mittelst eines Küchenmessers die beiden tödlichen Stiche in die linke Schläfe beigebracht, wie er sich dessen Uhr und Geldbeutel angeeignet und vorläufig verborgen, und wie er dann die Leiche in eine Pferdebede gehüllt, auf die Schulter Henning geladen und nach der Kiesstraße transportiert habe. Wahrscheinlich genauere Angaben war das Geständnis des verurteilten Menschen, daß er mit dem zum Mord gebrauchten Küchenmesser, nachdem er die Klinge desselben im Stroh oberflächlich vom Blute seines Opfers gereinigt, wenige Stunden nach der That sein Fühlbild zerlegt habe. Bei Groß wurde übrigens noch eine silberne Zylinderuhr vorgefunden, welche er von seiner Frau, einer in Mariendorf dienenden Maad, erhalten haben will; diese bestritt seine Angabe bei ihrer Vernehmung mit dem Hinzufügen, daß sie die Uhr in Berlin gefunden habe. Zweifelsohne rührt die Uhr aus einem Diebstahle her. Von den Angehörigen des Ermordeten, welche, wie berichtet, in Groß-Kienitz wohnen, nahmen die Mutter, ein Bruder und die Braut des Luft, mit welcher sich derselbe zu Neujahr verheiratet wollte, die Leiche des durch Mordhand aus dem Leben Geschiedenen in Augenschein. Der Ermordete soll heute, Sonntag, nach erfolgter Obduktion auf dem Kirchhofe zu Groß-Kienitz beerdigt werden.

Zwei blutige Straßenszenen werden aus der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtsfeiertag gemeldet. Gegen 1 Uhr Nachts gerieth der in der Gartenstraße wohnende Schloffer R. einiger Mädchen wegen in den Café Victoria in der Invalidenstraße mit einer Anzahl Zufälliger in Streit und verließ, um sich vor Mißhandlungen zu schützen, das Lokal; kaum jedoch betrat R. die Straße, als er sich plötzlich von etwa sechs seiner fragwürdigen Gegner umringt sah, die nun mit Säcken und Schlagringen auf den Wehrlosen einhieben, bis er schließlich, über und über mit Wunden bedeckt, zusammenbrach, während die Strohm. durch herannahende Polizeibeamte verschleucht, die Flucht ergriffen und entkamen. — Fast zu derselben Zeit passirte der Ködnerstraße wohnende Kaufmann L. von einer Gesellschaft kommend, den Karlsruh, als er plötzlich von zwei ihm entgegenkommenden Individuen angetroffen wurde, und ehe er noch eine Ausrufung machen konnte, erhielt er von den Strohm. mittelst stumpfer Gegenstände — an-

aufflattern, und wahrscheinlich soll wohl jene Zeit wieder aufleben, wo Spring-Nahlow und Raporta sich ellatante Genugthuungen verdienten.

Es ist nur natürlich, wenn ein so wichtiges Ereignis seine Schatten vorauswirft und es ist ebenso natürlich, daß es sich jeder hinterpommerische Wahlkreis zur Ehre gemacht hätte, Herrn von Puttkamer als geeigneten Vertreter in den Reichstag zu schicken. In Stolpe wird das welterschütternde Faktum vor sich gehen; es braucht deshalb aber nicht gesagt zu werden, daß Herr von Puttkamer in den Reichstag hineinstolpern wird. Ganz Sagenhaft, er wird mit Glanz durchkommen, und seine unvergleichlichen Posen werden leider nicht den Regierungstisch, sondern einen Sessel der äußersten Rechten zieren.

Nur zu, es wird immerhin erfreulich sein, auch die Privatmeinungen des ehemaligen Staatsmannes kennen zu lernen, und es ist immer lehrreich, zu erfahren, wie groß veranlagte Männer über die diffizilsten Punkte unserer Politik denken. Daher freuen wir uns auf den Augenblick, wo es uns vergönnt sein wird, die erleuchtete Weisheit allem Volk zugänglich zu machen, und alles Volk wird sich mit uns freuen, aus diesem unergründlichen Brunnen schöpfen zu dürfen.

Der menschlichen Natur ist es leider versagt, in die Zukunft zu sehen, und so können wir Unglücklicher Weise noch nicht voraussagen, wann die eleganten Stiefel des Herrn von Puttkamer wieder in den Wandelgängen des Reichstages blinken werden. Aber kommen wird der Tag ohne Zweifel, und die nationalen Parteien werden stolzer als je das Haupt erheben. Eine wahrbelose Ruhe ziemt sich allerdings auch nicht für den thatkräftigen Mann; es wäre in der That ein unerföhrlicher Verlust, wenn das Vaterland immer auf eine so hervorragende Kraft hätte verzichten müssen. Doch der Mann ist gebrochen — ein neuer Kämpfer tritt in die Arena. — — —

Sonntagsplauderei.

R. C. Die Weihnachtsfeiertage sind glücklich genossen. Nach dem allgemeinen Festtrubel ist eine gewisse Erschlaffung eingetreten, und Jeder, der vom Weihnachtsfest einige Markstücke übrig behalten hat, rührt sich, dieselben am Sylvesterabend den Weg allen Dammons gehen zu lassen. In dieser schönen Welt ist bekanntlich nichts so schwer zu ertragen, als eine Woche von vierzehn Tagen — aber eine Fülle von Festtagen wird dem Arbeitsmenschen von heute beinahe ebenso lästig.

Am Laufe der Jahrhunderte hat man sich daran gewöhnt, das Weihnachtsfest als etwas ausgezeichnet Schönes zu betrachten. Gewiß hat auch in dieser Beziehung der Besitzende das Vorrecht, dem Besitzlosen aber wird der Schmachtriemen gerade an Tagen allgemeiner Freude um so unangenehmer und fühlbarer. Man darf sich nicht durch die Berichte in den Zeitungen täuschen lassen, die von eitel Glüd und Glüdseligkeit überschäumen — wer die heutige Gerichstribul unseres Blattes aufmerksam verfolgt, der wird einsehen, daß in manchen Zeitungsberichten häufig ein bitterer Kern steckt. Die Wahrheit ist bekanntlich auch bitter, noch bitterer wie Galle — und es giebt nur wenig Herrschaften — und hätten sie noch so schöne Pelztrügen — welche dieselbe zu hören vermögen.

Eine Beleidigung schreibt nach Rache, sie sinkt zum Himmel, und es ist nicht mehr wie recht und billig, daß Jemand, der einem Unternehmer etwas Böses nachsagt, dafür Jahre lang im Kerker schmachten sollte. Ist es nicht unerhörte, daß man für Mißthäter genannter Sorte die Folter bereits abgeschafft hat? Man sollte Jeden, der es wagt, den holden Frieden und die süße Eintracht, die Unternehmer und Arbeiter mit Rosenbanden verknüpfen, zu zerstören, in einen finsternen Thurm werfen, wo faules Stroh und Ungeziefer — vom Floch bis zur Ratte — das einzige Mobiliar bilden. In Schillers Räubern findet sich auch die Speisefarte, in welcher ein solcher Verbrecher sein tägliches Menu zusammenzustellen hat; dann würde es

bald zu Ende sein mit der lustigen Zeitungschreiberei, und jeder Unternehmer könnte ruhig sein müdes Haupt spät Abends niederlegen, um es Morgens nicht allzufrüh wieder zu erheben.

Unsere Zeit ist von einer geradezu schwächlichen Milde. Nicht einmal die Influenza verläuft tödlich, die Krankheit ist schon mehr Modesache geworden, und mit einer Kleinigkeit von Antifebrin hilft man sich heute über die größten Schwierigkeiten hinweg. Es sollen die Raschentücher bedeutend im Kurse gestiegen sein, weil alle Nasen so furchtbar geschwollen waren; die meisten Leute, die sich von der Influenza hatten beeinflussen lassen, sehen schon von Weitem aus, als wären sie Ehrenmitglieder des Rupperrings. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß sich der Berliner Witz des neuen Wortes bemächtigte und aus der Influenza eine Insolenza machte. Um letztere Krankheit nun zu einer epidemieartigen zu machen, dazu bedurfte es allerdings kaum derjenigen Ursachen, die uns das körperliche Unbehagen verursachte. Wenn die Insolenza längst zu dem Ueberigen gelegt sein wird, wird die Insolenza wahrscheinlich immer noch ihre Organe feiern, und gegen dieses Uebel hilft allerdings kein Antipyrin oder Antefebrin, die Krankheit kann nur durch metallhaltige Arzneimittel beseitigt werden. Das weiß übrigens jedes Kind, und es würde schwer sein, das Gegenteil zu beweisen. Husten wir uns also ruhig in die fieberfreie Zeit hinein, und harren wir in Geduld, was uns das Schicksal bringt — wir sehen ja so wie so an einem bedeutsamen Zeitabschnitt, am Ende eines Jahres und am Ende eines Jahrzehnts.

Entschieden fordert ein solcher Zeitabschnitt zu ernstern Betrachtungen heraus, da für heitere kaum genügender Stoff vorhanden sein dürfte. Im nächsten Jahre sehen wir allerdings den neuen Reichstag, und an seiner Spitze wird eine Größe aus dem vergangenen Jahrzehnt marschieren, die Partiteilettes des Herrn von Puttkamer werden den Ultrakonservativen als leuchtendes Banner vor-

klagbares Differenzgeschäft vor, denn in dem Briebe an den Geschäftsmittler B. habe er mitgeteilt, daß die wirkliche Lieferung des Getreides abgeschlossen sei und daß er überhaupt „nur sein Glück probieren wolle“. Die klagende Firma wandle demgegenüber ein, daß der Beklagte schon seit 1883 mit B. Geschäfte gemacht und mit Kenntnis seines Vaters Getreide an der Börse gekauft und verkauft habe, aber die erste Forderung für Handelswaren (Berlin H) erkannte trotzdem unter folgender Ausfertigung auf Abweisung der Klage. Die Frage, ob unter den Parteien ein unklagbares Differenzgeschäft geschlossen ist, kann unerörtert bleiben, weil der Einwand des Beklagten, daß er unter väterlicher Gewalt stünde, also ohne Genehmigung des Vaters nicht verpfändungsfähig sei, durchgreift. Der Vater hat zugegen befunden, daß der Sohn von ihm unterhalten wird und daß er von den betreffenden Geschäften nichts gemerkt hat. Es ist also erwiesen, daß der Beklagte ein Haussohn ist, und muß Klägerin die dem Haussohn von Seite lebender geschlicher Bestimmungen gegen sich gelten lassen, da es ihre Pflicht war, sich den anzusehen, mit dem sie sich in Geschäfte einließ. Nach §§ 124, 125 des A. L. R. können Hauskinder wohl Vermögen ohne Beitritt des Vaters erwerben, wenn aber mit dergleichen Vorteilen zugleich Lasten und Verbindlichkeiten übernommen werden sollen, so hängt die Rechtsbeständigkeit der Handlung des Kindes von der vorhergehenden oder hinzukommenden Einwilligung des Vaters ab, welche hier nicht erteilt ist, und weshalb auch die vom Beklagten eingegangene Verpflichtung nicht rechtskräftig ist. — Hiergegen legte die klagende Firma Berufung bei dem Kammergericht ein, wo ihr Mandatar, Rechtsanwalt Jellin, in dem dieser Tage stattgehabten Audienstermin ausführte, daß schon die eigenen Feststellungen des Vorderrichters für die Annahme genügen, daß der Beklagte, welcher über 30 Jahre alt, verheiratet und seit drei Jahren Besitzer eines Speisekammerhofs sei, das Geschäft des Vaters selbstständig betrieb und dessen Kasse unter sich halte, als großjähriger Sohn und für das fragliche Geschäft auch als verantwortlich anzusehen sei. Das Kammergericht verurteilte hierauf den Beklagten im vollen Klageumfang zur Zahlung der betr. 772 M. nebst Zinsen und Kosten, indem es zunächst ein klagbares Lieferungsgeschäft als vorliegend erachtete und dann annahm, daß ein Sohn, welcher, wie hier, in dem väterlichen Geschäft länger Zeit tätig ist und den Vater vertritt, eine selbstständige Stellung einnimmt und als aus der väterlichen Gewalt entlassen anzusehen ist. Diese Entscheidung ist, weil nicht mehr revidibel, endgültig.

Entscheidungen des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.) Leipzig, 23. Dezember. (Zur Auslegung des Sozialisten-Gesetzes.) Der erste Strafsenat hat in der letzten Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, den § 284 des Sozialisten-Gesetzes zu interpretieren, und zwar in einer Weise, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Der letzte dieser Tage zur Verhandlung gekommene Fall war folgender. Der Gymnasialist Th. August Simon in Frankfurt a. M. war des verbotenen Waffentragens und Schießens angeklagt (§ 284 des Soz.-Ges.). Er hatte nach der Anklage vom April bis Juni 1889 wiederholt Schußwaffen ohne Waffenschein, der im Gebiete des in Frankfurt herrschenden kleinen Belagerungszustandes notwendig ist, „getragen“ und in der Zeit vom Januar bis April 1889 mehrfach an einem von Menschen belebten Orte, nämlich in dem von einem Stadt eingeschlossenen Garten seines Vaters mit einem Gewehr nach Sperlingen geschossen (§ 307,8 des Str.-G.-B.). Trotzdem der Angeklagte den Besitz und die Benutzung des Gewehrs nicht leugnete, wurde er freigesprochen. Die Urteilsgründe lauteten: Es ist nicht erwiesen, daß der Angeklagte eine „Waffe getragen“ hat. Unter „Waffen tragen“ wird das Verschleppen einer Waffe verstanden, die man zum Zwecke der Vertheidigung hinausstrahlt oder innerhalb des Besitztums in der Absicht bei sich behält, daß ihre Wirkung sich gegen Personen außerhalb richten soll. Es ist nicht erwiesen, daß der Angeklagte das Gewehr in dieser Weise gebraucht oder solche Zwecke verfolgt hat. Auch ist nicht erwiesen, daß der Angeklagte, wenn er dies getan haben sollte, bei der Uebertretung des Sozialistengesetzes die zur Erkenntnis der Strafbarkeit nötige Einsicht befiessen hat. Die Eltern des noch nicht 18 Jahre alten jungen Mannes hatten Kenntnis von seinem Schießen gehabt und es nie verhindert. Die unter Anklage gestellten Handlungen des Angeklagten widersprechen nicht der Moral und dem bestehenden Rechtsgesetz, der Angeklagte konnte daher sehr wohl annehmen, daß er nichts Strafbares begehe. Er war daher wegen mangelnder Einsicht und wegen mangelnden Beweises freizusprechen. — Die Revision des Staatsanwalts rügte zu enge Auslegung des Begriffs „Waffentragen“ und Verkennung des § 57, der von der Einsicht jugendlicher Personen handelt. Die Moral habe mit dem § 57 nichts zu thun, ebenso wenig komme es darauf an, ob die Eltern das inkriminierte Thun verhindert haben oder nicht. Das Gericht habe prüfen müssen, ob der Angeklagte, der das 18. Lebensjahr bald vollendet hatte, der überdies Schüler einer höheren Bildungsanstalt sei, denjenigen Grad der Verstandesentwicklung hätte, der nötig ist, um zu erkennen, daß das Tragen von Waffen und das Schießen an solchen Orten strafbar ist. — Der Rechtsanwalt wies darauf hin, daß die Auslegung des Begriffs „Waffentragen“ der in der letzten Zeit angenommenen Praxis des Reichsgerichts widerspreche, da darunter das Tragen zur Benutzung zu verstehen sei. Das Urteil würde daher aufzuheben sein, wenn nicht die Freisprechung durch die festgestellte mangelnde Einsicht begründet wäre. Mit der Moral habe diese zwar nichts zu thun, aber das Rechtsgesetz sei die Hauptunterlage für die Erkenntnis der Strafbarkeit. — Aus diesem Grunde wies das Reichsgericht die Revision ab.

Entscheidungen des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.) Leipzig, den 27. Dezember. Wegen Verleumdung des Kriegsministers war Herr Trescher, der frühere Redakteur der „Volks-Ztg.“, vom Landgericht I. in Berlin am 14. Oktober d. J. zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdung wurde in einem Beiratsartikel der genannten Zeitung erblickt, welcher die Ueberschrift „Fortschreitende Ferkung“ trug. Es war darin die Rede von einem „moralischen Zusammenbruch Puttkamers“ und dann hieß es, der Kriegsminister sei ebenso angeklagt, wo Herr von Puttkamer vor 9 Monaten gewesen sei. Das Gericht folgte hierauf, daß dem Kriegsminister nahegelegt sei, er befinde sich in einem „moralischen Niedergange, was eine Verleumdung involviere.“ — Der Angeklagte rügte in der Revisionsinstanz Verkennung des § 193, da er zum mindesten geglaubt habe, berechtigter Interessen wahrzunehmen, wenn er bei Besprechung parlamentarischer Vorkommnisse auch den Kriegsminister in die Diskussion ziehe. Wenn demgegenüber das Gericht die Anwendung des § 193 ausgeschlossen habe, so sei dies rechtserwidrigt geschehen. Zum mindesten habe das Gericht prüfen müssen, ob er sich für berechtigt halten konnte, berechtigter Interessen wahrzunehmen. — Das Urteil des Reichsgerichts (II. Strafsenat) lautete: Die Revision ist begründet und das Landgerichts-Urteil aufzuheben. Es enthält mannigfache, theils unrichtige, theils unklare Ausführungen namentlich in Bezug auf die Nichtanwendbarkeit des § 193. Richtig ist nur, daß nicht lediglich die Eigenschaft des Angeklagten als Redakteur die Anwendung des § 193 begründen kann. Dagegen mußte das Gericht den Einwand prüfen, daß der Angeklagte geglaubt hat, berechtigter Interessen wahrzunehmen, und es mußte prüfen, welcher Art der etwaige Irrthum war, da nur ein strafrechtlicher Irrthum die Anwendung des § 193 ausschließt. Für die Annahme, daß es sich nur um einen strafrechtlichen Irrthum handle, ist aber in den Feststellungen der Vorinstanz ein Anhalt nicht gegeben.

Versammlungen.

Der Fachverein der Steindrucker und Lithographen Berlins hielt am 19. d. M., in Jordan's Salon, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende der Versammlung Mitteilung von dem Ableben des Mitgliedes Otto Weigel. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Herr Rechtsanwält Stadthagen einen interessanten Vortrag über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der jüngsten Entscheidung des Reichsgerichts.“ In eingehender Weise führte der Referent den Anwesenden die Bedeutung des Koalitionsrechts für die Arbeiter vor Augen. Dasselbe stünde jedoch nur auf dem Papier, in Wirklichkeit sei es für die Arbeiter durch die heutige Auslegung der Gesetzesparagrafen gar nicht vorhanden, besonders der Puttkamer'sche Streikfall habe dasselbe vollständig illusorisch gemacht. Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam der Referent auf die jüngste Entscheidung des Reichsgerichts zu sprechen und brachte hierbei den Gedanken zur Geltung, daß die Gesetze wohl scheinbar für alle Staatsbürger gleichmäßig angewendet werden, in Wirklichkeit aber doch ihre Spitze immer gegen die Arbeiter richten. Bei der heutigen Zeit ist es als ein Wunder zu betrachten, wenn ein in gemeinschaftlicher Beziehung thätiger Arbeiter noch unbestraft ist. Jede aller Arbeiter muß es sein, sich den bestehenden Fachorganisationen anzuschließen, Aufklärung unter die Massen zu bringen und dahin zu streben, daß auch für die Arbeiter eine Zeit anbricht, in welcher dieselben ein menschenwürdiges Dasein führen können. (Reicher Beifall.) In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion beantwortete der Referent einige Fragen in zufriedenstellender Weise. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis von Herrn Herrmann zu verlegen, jedoch die weiteren Schritte zur Regelung dieses dem Vorstand überlassen. Kollege Bent überbrachte der Versammlung den Gruß der Breslauer Kollegen und theilte mit, daß auch dort die Kollegen das Traurige ihrer Lage eingesehen, und zur Aufbesserung derselben einen Fachverein gegründet haben. Den streikenden Gutmachern in Ludenwalde wurde eine Unterstützung von 100 M. bewilligt, desgleichen eine solche von 30 M. den streikenden Vergoldern von der Firma Mehlow u. Co. Die nächste Versammlung findet am 16. Januar in demselben Lokal statt und ist eine Generalversammlung.

Die Versammlung des Vereins der Wäsche- und Schneiderei und verwandten Berufsgenossen, welche am 9. o. im Lokale der Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10/11, tagte, wurde während des Vortrages des Referenten, Herrn Dr. B. Wille, über: „Der Kampf um's Dasein in der Volkswirtschaft“, durch den überwiegenden Polizeibeamten auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst. Der Vorsitzende des Vereins erhielt auf seine Beschwerde vom 17. d. M. vom Polizeipräsidenten folgende Antwort zugesandt: „Auf die Beschwerde vom 11. d. M. wegen Auflösung der Versammlung vom 9. d. M. gerichtet Ew. Wohlgeboren zum Bescheide, daß ich die in Rede stehende Auflösung für gerechtfertigt nicht erachte und demgemäß den betreffenden Beamten mit entsprechender Weisung versehen habe. (Folgt die Unterschrift des Polizeipräsidenten).“

Eine bedeutungsvolle Drechsler-Versammlung fand am 27. Dezember im königlichen Kasino statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Streik der Wiener Perlmutterarbeiter. Referent: Herr F. Jubel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachdem die Herren Brindig, Schmädick und Luz mit der Leitung der Versammlung beauftragt waren, nahm Herr Jubel das Wort zu seinem Referat. Kein Jahr ist so hervorragend und von so tiefgehender Bedeutung für die Arbeiterbewegung gewesen als 1889. Ich will nicht eingehen auf Berlin, den Bergarbeiterstreik, auf die großen Formerausparungen in Hamburg und Braunschweig, sondern auf Wien, wo am Schlusse des bewegten Jahres der Uebermuth des Kapitals einen Streik hervorgerufen hat, von dem 12000 Menschen betroffen werden. Die Forderungen der Arbeiter sind: 1. Zehnstündige Arbeitszeit. 2. Abschaffung des Mißbrauches der Beileistung von Licht und Werkzeug durch die Arbeiter. 3. Eine entsprechende Erhöhung der Preise bei sogenannten Hausgesellen. 4. Kein Arbeiter darf wegen Theilnahme an dem Streik gemahregelt werden. Diese berechtigten Forderungen sollten erst später zur Durchführung gelangen. Doch es kam anders. Am 10. November erhielten eine Anzahl Unternehmer, ferner sogenannte Hausgesellen von der Firma Alex. Weyer das Anerbieten für genanntes Haus zu liefern bei einer Erhöhung von 5 pCt. Das goß Del ins Feuer und es kam jetzt schon zu der obigen Forderung. Die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit ist berechtigt, denn bei einer 12-14stündigen Arbeitszeit ist der Arbeiter nicht im Stande, sich geistig zu bilden und auf seine Familie einen wohlthuernden Einfluß auszuüben. Die Fabrikanten wissen aber, daß die Kräfte durch eine lange Arbeitszeit schwinden, und daß so der Arbeiter zu einem willenlosen Werkzeug gemacht wird. Die Anschaffung von Licht und Werkzeug durch die Arbeiter ist geradezu widersinnig und die Arbeiter müssen energisch dagegen protestieren. Gerade wie nach einem langen Winterstills das Erwachen des Frühlings kommt, so möge es auch unter den Arbeitern Frühling werden. In Deutschland wie in Oesterreich denken die kleinen Innungsmeister noch eine hervorragende Stellung einzunehmen, und doch stehen sie noch schlechter, als ein Fabrikarbeiter, denn letzterer muß wenigstens zu einer bestimmten Zeit Feierabend machen, der Meister nimmt aber die Nacht mit hinzu. Es wird unter drei gefordert: Erhöhung der Preise bei den Arbeitern der Hausindustrie. Am besten wäre die Beseitigung der Hausindustrie. Der Fabrikant sagt zum Arbeiter: „Für Euch muß ich noch den Platz bezahlen; außer dem Hause bekomme ich es noch billiger.“ Wir hoffen, daß die fortschreitende Industrie in der Meisterei zwingen wird, sich der arbeitenden Bevölkerung anzuschließen. Es haben die Jahre schon gezeigt, daß es immer mehr der Fall wird. Die Schlussforderung ist die Hauptforderung, und die Durchführung derselben ist die schwierigste. Wir haben gesehen, daß Arbeiterführer über die Grenzen hinaus keine Arbeit bekommen, wir haben aber gesehen, daß die Vergleute dank ihres einseitigen Einwirkens die Wabregelung von sich abgewandt haben. Es ist also notwendig, daß die Forderungen der Wiener Kollegen durchgedrückt werden, denn dieselben haben den Streik bei einem Verdienst von 8-10 Mark nicht aus Uebermuth provoziert, sondern aus Noth. Und die Noth ist durch den Winter eine schwere. Alle zwei Tage erhält jeder Streikende ein Laib Brot und sollten dann noch ein paar Pfennige überbleiben, so werden dieselben vertheilt. Die „Volks-Ztg.“ brachte vor wenigen Tagen die Nachricht, daß der Streik beendet ist; diese falsche Nachricht zwingt uns, ein wachsameres Auge auf die Blätter zu haben. Gleich wie die gesammte Arbeiterschaft sich solidarisch mit den Ludenwalder Arbeitern erklärt hat, so muß es auch hier geschehen. Redner forderte zum Schluss auf, die internationale Solidarität aufrecht zu halten und sich der Organisation anzuschließen. (Stürmischer Beifall.) Der Vorsitzende sprach Herrn Jubel den Dank der Anwesenden aus. Kollege Hildebrand dankte im Namen der Wiener Kollegen allen Gebern, besonders aber den Berliner Bildhauern, theilte mit, daß bereits 1000 M. abgefunden wären und führte an, daß die Wiener Kollegen gerade durch die Berliner angefeuert worden sind. In der Diskussion nahmen das Wort Lischer, Weyer, Möbelpolier Reuter, Zimmerer Ollandt, Weißgerber Brinkmann und Volter Kurth, um unter lebhaftem Beifall die Unterstützung der streikenden Wiener durch ihre Gewerkschaften zu versprechen. Hierauf wurden fol-

gende Resolutionen angenommen: 1. Die heute im königlichen Kasino tagende öffentliche Drechslerversammlung erklärt, sich mit unerschrockenen Kräften für die fernere Unterstützung der Wiener Kollegen bereit, um so mehr, als die anwesenden Vertreter verschiedener Gewerkschaften ihre energische Unterstützung zugesagt haben. 2. Die Versammlung verspricht, da sie eingeschrieben hat, daß die „Volks-Ztg.“, trotzdem sie die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, noch von vielen Andern gelesen wird, dafür Sorge zu tragen, daß an die Stelle derselben das Berliner Volksblatt und die „Volks-Tribüne“ tritt. Ein Antrag, ein Telegramm an die Wiener Kollegen abzusenden, wurde angenommen. Hierauf nahm der Referent das Schlusswort, welches von häufigem und lebhaftem Beifall unterbrochen wurde, und schloß mit dem Wunsche, daß der Friede auf Erden, der uns 2000 Jahren versprochen ist, endlich den Menschen würde. Es wurde noch bekannt gemacht, daß Gelder für Wien entgegengenommen werden Sonnabends und Sonntags bei Grindel, Dresdenstraße 116; Schulz, Admiralstraße 40a, und Gnadt, Brunnenstr. 38.

Eine öffentliche Schuhmacherversammlung tagte am 27. d. M. im großen Saale des Garkellers (Chausseestraße). Dieselbe war erdrossen zur Erlebung folgender Tagesordnung: „Die Lohnverhältnisse der Berliner Schuhmacher und wie stellen sich dieselben zu einer unbedingtnotwendig werdenden Aufbesserung im nächsten Frühjahr? Nachdem die zahlreich besuchte Versammlung Herrn Klinger den ersten Vortrag übertrug, nahm Herr Max Baginski das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Referent legte zunächst dar, daß es durchaus nicht genüge, hin- und wieder Versammlungen zu besuchen, und sich im Uebrigen nichts zu kümmern. Die heutige Gesellschaft befinde sich in einem Entwicklungsstadium zu neuen Formen, sie beginne die alten Formen abzuköpfen und die Arbeiter seien die Bausteine im Bau der Zukunft. Deshalb müsse jeder Broet seiner Platz voll und ganz ausfüllen. Das Schuhmachergewerbe sei im völligen Niedergange begriffen, das Kleinmeisterthum vermöge sich nur noch zu halten durch Drückung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Wochenlöhne von 9 bis 15 Mark bei endloser Arbeitszeit seien demzufolge an der Tagesordnung. Die sogenannte Sozialreform treffe das Uebel nicht an der Wurzel, durch sie werde die Lage der Arbeiter, der Schuhmacher, nicht gebessert. Um dies zu ermöglichen, sei eine Umgestaltung der Produktionsweise notwendig, eine Verhinderung der schrankenlosen Ausbeutung der Proletarier durch das allmächtige Kapital. Da von der heutigen herrschenden Gesellschaft noch dieselbe Richtung hin nichts zu erwarten sei, so sei es Aufgabe der Arbeiter, selber Hand anzulegen zur Verbesserung ihrer Lage und das Mittel zum Zwecke sei die Organisation. Der Einzelne sei machtlos, mit vereinten Kräften sei dagegen Vieles zu erreichen. Bezüglich einer Lohnbewegung im Frühjahr enthielt sich der Vortragende einer endgültigen Meinungsäußerung, den diesbezüglichen Beschluß der Versammlung nach reiflicher Ueberlegung überlassend. Jedoch hielt Referent diese Frage noch nicht für spruchreif, war vielmehr der Ansicht, daß zuvor noch eine umfassende Agitation entfaltete und Massenversammlungen in allen Stadtgegenden abgehalten werden müssen. Nachdem Redner noch die Innungsbeiträge betreffend beleuchtet hatte, empfahl er zum Schlusse nochmals die Organisation mit dem Hinweis darauf, daß die Prinzipien der Arbeiterbewegung schließlich doch zum Durchbruch gelangen würden und daß die Proletarier siegen würden, wenn sie nur wollten. Vor Eintritt in die Diskussion wurde, einem gestellten Dringlichkeits-Antrage entsprechend, eine Ergänzungswahl der Lohnkommission vorgenommen. Gewählt wurden die Herren Wartenberg, Schröder, Bries, Mack, Artelt II und Hanka. Nach vollzogener Wahl wurde dann in die Diskussion eingetreten. Auf wiederholte Aufforderung hin, daß sich von den eingeladenen Innungsmeistern Jemand zum Worte melden möge, meldete sich Niemand. Zur einstimmigen Annahme gelangten folgende beiden Resolutionen: 1. Die heutige im Garkeller-Etablissement tagende öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt, die Agitation für den achtstündigen Arbeitstag nach Kräften unterstützen und dahin wirken zu wollen, daß am 1. Mai 1890 die Arbeit zu Gunsten desselben überall ruht. 2. Die heutige, den 27. Dezember 1889 im Garkeller-Etablissement tagende öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt: Ja Erzwägung, daß eine dauernde Besserung unserer Lage nur durch Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise herbeigeführt werden kann; in fernerer Erzwägung, daß die Mehrzahl der Kollegen dieses noch nicht erkannt hat, dahin wirken zu wollen, daß dieses geschieht. Zu diesem Zwecke bedarf es einer starken, in die weitesten Kreise dringenden Agitation. Außerdem verpflichten sich die Versammelten zum Eintritt in den Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und Berufsgenossen, welcher für gründende Aufklärung nach dieser Richtung hin sorgen wird. Nach Beendigung einer Pause drückte Eingekundung in den Verein wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dieselben nahmen durch das Eintreffen mehrerer Innungsmeister des Weiteren ein lebhafteres Tempo an. Auch hatte die Innung sich erlaubt, ein Flugblatt in die Versammlung einzuschmuggeln, doch nicht den Muth, dasselbe öffentlich zu vertreiben. Unterzeichnet war das Flugblatt auch von den Ortsvereinen und von dem von den Berliner Schuhmachergesellen nicht gewählten Vorstand. Unter großem Beifall unterzog Herr Max Baginski das Flugblatt einer vernichtenden Kritik, ebenso Herr Krause. Die weitere Diskussion, in welcher zahlreiche Redner sprachen, umfaßte sowohl die gewerkschaftlichen Verhältnisse im engeren Sinne, sowie die sozialen und politischen Verhältnisse im Allgemeinen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende schließlich die Versammlung.

In der Schneiderversammlung, die am dritten Feiertag in der Brauerei Königsstadt unter Vorsitz des Herrn Pfeffer stattfand, sprach Herr Käterow unter lebhaftem Beifall über die Lage des Handwerks. Referent schilderte in ausführlicher Weise die moderne Produktionsweise und die durch die Maschinen-technik der Großproduktion sich vollziehende Vernichtung des Kleinhandwerks. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Herr Pfeffer über die Sitzung der Siebener-Kommission mit den Konfektionären und erklärte, alle Konfektionäre seien der Ansicht gewesen, daß den Arbeitern ein besserer Lohn gezahlt werden müsse. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in welcher sich alle Redner damit einverstanden erklärten, an das Unternehmertum Forderungen zu stellen. Kollege Götter legte in ausführlicher Weise die Verhältnisse klar und forderte auf, treu zur Sache zu halten. Herr Radnik hob hervor, daß gerade die Fachblätter es wären, welche die Unzufriedenheit in die Bewegung hineinbrächten. Auch Herr Reichardt erklärte, sich nicht in Uebereinstimmung zu befinden mit den Beschlüssen anderer Städte, welche die Berliner bevormundeten. Zum Schlusse wurde die Siebener-Kommission beauftragt, auch mit den Innungen in Verhandlung zu treten und ferner dafür zu sorgen, daß auch Arbeiterinnen die Versammlungen besuchten. Nachdem der 1. Mai 1890 als Feiertag anerkannt und der Schneiderversammlung ein Hoch ausgebracht, wurde die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Potsdam. Am Freitag, den 20. d. M., tagte im Heinrichs Saal eine öffentliche Volksversammlung, welche sehr zahlreich besucht war und in der Herr Julius Wernau aus Berlin einen Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl hielt. Redner legte in klaren Worten die Bedeutung der Reichstagswahlen, den Gebrauch des Wahlrechts und die Nothwendigkeit reger Agitation für Arbeiterkandidaten der Versammlung ans Herz, feuerte dieselben an, sich nicht mehr als Stimmvoth gebrauch zu lassen, sondern selbstständig denken

